

Palästina Nachrichten

Mitteilungen der Vereinigung der Freunde Palästinas in Berlin-Brandenburg e.V.

Nr. 41 / 7.März 2002

Inhalt:

- * Vom „Schwarzen Pfeil“ zur „Farbenprächtigen Reise“ / Vom Kampf in den Flüchtlingslagern
- * „Im Blut ertränkt“ / Adam Keller und Beate Zilversmidt zu einem Selbstmordanschlag in Jerusalem
- * "Die Besatzung tötet uns alle" / Die *Frankfurter Allgemeine* über Friedensdemonstrationen in Israel:
- * „Nachdem“ ist ein Propagandawort / Aus einem Interview mit Uri Avnery
- * Der „Abdallah-Plan - ein Vorschlag aus Saudi-Arabien
- * Seinerzeit in Camp David: Erniedrigt und ausgetrickst - „Die großzügigen Angebote des Ehud Barak“
- * Amira Hass: „Was man in Ramallah über das Verhalten der Soldaten sagt“
- * „Wir konnten es nicht mehr ertragen“ / Über die Verweigerungsbewegung israelischer Reserveoffiziere
- * Die *Neue Zürcher Zeitung* über Meinungsverschiedenheiten in der palästinensischen Führung
- * „Zwei schwerwiegende Zugeständnisse“ / Ein palästinensischer Kommentar zu Arafats Artikel in der *New York Times*
- * Palästinensisches Kindertheater - eine Reportage
- * Die Bundesrepublik und der Nahostkonflikt - Reaktionen aus der deutschen Politik
- * Antipanzerminen und Kassam-II-Raketen / Über die palästinensische Guerrillataktik
- * Umfragen: Arafat wird populärer - Sharon wird unpopulärer
- * Die Wirtschaft ächzt unter der Intifada
- * Überlebensstrategien in Gaza - Beobachtungen der *Frankfurter Rundschau*
- * Was ist schiefgelaufen? Hassan Khader, Chefredakteur von „Al-Karmel“: Weshalb der Friedensprozeß vorerst scheiterte
- * Gedankenspiel in Israel: „Eine irakische Lösung“

KRIEG!

„Der Nahe Osten kommt nicht zur Ruhe.“ So die verniedlichende Verkündung der Radio-Nachrichtensprecher zu jeder vollen Stunde. In Wahrheit herrscht Krieg, ein blutiger Krieg mit vielen Opfern. Auf beiden Seiten sterben auch Frauen und Kinder, mehr denn zuvor. Es ist ein Krieg mit sehr ungleichen Waffen. Die eine Seite bietet Panzer, F-16-Flugzeuge, Apache-Hubschrauber und jede Menge Hightec auf, die andere führt selbstgebaute Mörser, in Heimarbeit gebastelte Kassam-Raketen, Steine, Selbstmordattentäter ins Feld. Der Palästinenser, der an einem Checkpoint zehn israelische Soldaten erschoss, bevor er entkommen konnte, benutzte einen Karabiner aus dem 2. Weltkrieg. Die Medien-Empörung, daß die israelischen Soldaten im Flüchtlingslager Balata (Nablus) Munitionslager und Waffenwerkstätten entdeckt hätten, ist zumindest verlogen. - Einige Aspekte dieses Krieges sollen in dieser Ausgabe der *Palästina Nachrichten* nachgezeichnet werden: Der Aufmarsch gegen die Flüchtlingslager, die Schwierigkeiten der israelischen Armee mit neuen Formen des palästinensischen Kampfes. Nicht übersehen werden darf - trotz allem - die Friedensbewegung in Israel. Die Verweigerung der Reservisten auch in all ihre Widersprüchlichkeit sollte man nicht ignorieren. Es sind leider Minderheiten, die sich da mutig artikulieren. Auf neue Friedensinitiativen ist bei allem Pessimismus zu verweisen, auch auf Alltäglichkeiten und Beobachtungen in den palästinensischen Gebieten. Umfragen spiegeln, bei allem Vorbehalt, die Situation. Ohne Kommentar schließlich einige Reaktionen aus der deutschen Politik.

Vom „Schwarzen Pfeil“ zur „Farbenprächtigen Reise“

Der Einmarsch in Balata - die Operation mit dem Codenamen „Farbenprächtige Reise“ - sei, so verlautete aus Israel, die Antwort auf die „Terroranschläge“ an den Vortagen. *Ha'aretz* aber schrieb (am 1. März): „Die Vorbereitungen für die Operationen in den Flüchtlingslagern begannen vor zwei Wochen... Wie in vielen IDF-Operationen ist die Absicht, dem palästinensischen Bewußtsein einen Schlag zu versetzen und nicht so sehr reale Ziele.“ Um es in Klartext zu übersetzen: Es ging weniger darum, „Terroristen“ oder Waffenlager zu finden, sondern vor allem daran, die palästinensische Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen. Laut *Ha'aretz* war Israels Generalstabschef Mofaz wütend: „Wenn den IDF erlaubt worden wäre, ein paar Tage früher zu bombardieren, hätten sie in dem Konflikt einen ‘entscheidenden’ Sieg errungen.“ Aber das ging ja nicht, man mußte ja erst auf den Vorwand warten: „Der letzte war der Selbstmordanschlag am Checkpoint Maccabim. Aber die Entscheidung mit der Operation in den Lagern voranzugehen war bereits vorher gefallen. Das Risiko in

der für Balata geplanten Operation war, daß sie in einen großen arabischen Sieg umgedreht werden könnte, oder in eine negative diplomatische Episode für Israel, wie es 1968 in Karameh geschehen ist und sogar davor, exakt vor 48 Jahren am 28. Februar 1955, als Oberstleutnant Ariel Scharon die Operation Schwarzer Pfeil in Gaza kommandierte. Diese Operation ließ den ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser zum Entschluß kommen, Militärhilfe von den Sowjets zu erbitten.“ Die „Farbenprächtige Reise“, so heißt es weiter in *Ha'aretz*, „sollte die Botschaft übermitteln, daß das Balata-Lager, wo 1987 die Intifada auf der Westbank begann, und wo die gegenwärtige Intifada im Herbst 2000 begann, nicht länger immun ist.“

Und der Friedensnobelpreisträger? „Israels Außenminister Schimon Peres verteidigte das Vorgehen der Armee. Israel habe zahlreiche Warnungen erhalten, daß militante Palästinenser weitere Anschläge planten. ‘Es ist der Versuch, die Bomben zu entschärfen, bevor sie großen Schaden anrichten’, sagte er.“ (*Süddeutsche Zeitung*, 2. März)

„Die israelische Armee hinterließ nach ihrem Abzug aus den palästinensischen Flüchtlingslagern in Dschenin und Balata am Sonntagmorgen eine Spur der Zerstörung und Verwüstung. Nach palästinensischen Angaben sind 24 Bewohner der Camps sowie zwei israelische Soldaten seit Beginn der israelischen Militäroffensive am vergangenen Donnerstag ums Leben gekommen. 200 weitere Personen, darunter viele Frauen und Kinder, seien verletzt worden. Bewohner des Balata-Lagers bei Nablus, wo rund 20 000 Vertriebene und Flüchtlinge seit 1948 leben, beschwerten sich über die Behandlung durch israelische Soldaten. Beispielsweise seien Großfamilien während der Hausdurchsuchungen über Stunden in einen Raum zusammengepfercht worden. Müttern sei verboten worden, in ihre Wohnungen zurückzukehren, um ihre Babys zu stillen. Die Eingesperrten hätten weder Medikamente noch Lebensmittel aus der Küche oder Nachbarräumen holen dürfen. Eine 60-jährige Frau soll angeschossen worden sein, nachdem sie sich über das Vorgehen der Soldaten beschwert hatte.“ (*Der Tagesspiegel*, 4. März)

„Das blutige Geschehen vom Wochenende hat die Perspektiven eines erbitterten Guerillakriegs palästinensischer Widerstandskämpfer gegen eine mit massiven Mitteln operierende israelische Besatzungsarmee eröffnet. Das bildet erneut eine Herausforderung für den israelischen Ministerpräsidenten Scharon, dessen Strategie der rein militärischen Repression der Intifada ganz im Gegenteil eine zunehmende Militarisierung der Palästinenser hervorgerufen hat. (...) Palästinensische Aktivisten rühmten sich ..., es sei kein einziger Widerstandsführer ins Netz gegangen, alle Kader von Fatah, Hamas, Jihad und Volksfront seien in Sicherheit. Und im Lager Dschenin hätten rund 200 Kämpfer sich erstmals für den organisierten Widerstandskampf zusammengetan. Die Reorganisation beginne sofort nach dem israelischen Abzug. Die Zivilbevölkerung klagt über die Zerstörung oder Beschädigung Hunderter von Wohnhäusern. Die Armee bestätigt, daß die Soldaten sich zur Vermeidung des palästinensischen Feuers direkt von Haus zu Haus bewegten, indem sie Mauern durchbrachen. Dies trug nach den Worten des Kommandanten der Fallschirmjäger in Balata, Oberst Kochavi, zur Vermeidung unnötiger Zerstörungen bei; offenbar hätte die Armee sonst die Häuser überhaupt reihenweise in Trümmer geschossen. In vielen durchsuchten Behausungen zerstörten die Soldaten nach Darstellung der Bewohner Mobiliar, Computeranlagen, Bücher und Dokumente jeder Art. Der Großteil der Opfer geht nach dieser Darstellung auf das Konto einer blinden Bombardierung durch die Luftwaffe und die Panzer.“ (*Neue Zürcher Zeitung*, 4. März)

Der Knessetabgeordnete Ron Cohen (Meretz): „Der Fluch der Flüchtlingslager“ folgt Scharon seit Sabra und Schatila. (*The Jerusalem Post*, 4. März)

„Was Israelis als blanken Terror erlebten, empfanden viele Palästinenser als legitimen Vergeltungsschlag für ihre etwa dreißig Toten, die während der vergangenen Tage auf das Konto der Besatzungsarmee gingen. Vor allem die Militärvorstöße in die beiden palästinensischen Flüchtlingslager Balata und Dschenin hatten den Haß erneut geschürt. (...) ...In Balata und Dschenin wollte die Armee ein Exempel statuieren, um zu beweisen, daß nichts außer ihrer Reichweite ist: nicht mal die palästinensischen Elendscamps, in die sich sogar die Polizeitruppen Yasser Arafats wegen der dort herrschenden anarchischen Verhältnisse nur selten vorwagen. Entsprechend stolz präsentierte Einsatzkommandant Aviv Kochavi die im Lager von Balata entdeckten Waffenbestände: sieben halb fertige, primitive Kassam-Raketen sowie mehrere Sprengstoffgürtel, mittels derer sich Militante in menschliche Bomben verwandeln können. Doch das Erfolgsgefühl, durch eine risikoreiche Militäraktion mindestens gleich viele Anschläge verhindert zu haben, machte Stunden später die Explosion in Jerusalem zunichte. Palästinensischer Gegenbeweis, daß auch die Israelis sich nirgendwo sicher fühlen können, solange sie an der Besatzung festhalten. Kochavis höhnische Bemerkung über die in seinen Augen schwache palästinensische Gegenwehr beim Einmarsch in die Camps - ‘der Löwe von Balata hat sich als Pussycat herausgestellt’ - klang da besonders bitter nach. Ein Eindruck, der sich noch verstärkte, als Sonntagmorgen die Israelis die nächste Hiobsbotschaft erteilte. Kaum 1 mbschr.8(1)-2uber neue Vergeltungsangriffe gegen 1 Hauptquartier von Ar.8(1)-2fats Eliteeinheit ‘Force 17’ in Bethlehem geflogen hatten, erlebte die Armee ihr größtes Fiasko seit Beginn der Konfrontation vor mehr als 16 Monaten. Nur kurz nach Morgenanbruch hatten bewaffnete Palästinenser israelische Wachsoldaten an einem Checkpoint nahe der jüdischen Westbank-Siedlung Ofra überrascht. Wieder gab es zehn tote Israelis zu beklagen, unter ihnen nicht nur Armeeangehörige, sondern auch Siedler, die sich gerade auf den Weg zur Arbeit machen wollten. Die Attacke traf die Wachhabenden offenbar

bei der sonntäglichen Kabinettsitzung waren die Rufe der Rechten nach einer Zerschlagung der Autonomiebehörden, nach einem Sturz Arafats, nach Wiedereroberung ganzer palästinensischer Städte noch nie. Doch obwohl jetzt eine Finalrunde droht, wirkten die Worte aus dem Munde der Hardliner seltsam hilflos. Auch Scharons Befehl an die Luftwaffe, den Überfall auf die Soldaten mit dem Einsatz von F-16-Kampffägern zu beantworten, spiegelte eher Ohnmacht, fast Verzweiflung wider. Ihre fast tonnenschwere Bombenlast warfen sie zwar auf eine Polizeistation in Ramallah ab, nur wenige hundert Meter vom Hauptquartier des PLO-Chefs entfernt. Aber selbst solchen mächtigen Beschuß hat es schon früher gegeben, ohne daß die Autonomieführung die weiße Fahne hißte. Nicht mal die israelische Öffentlichkeit glaubt noch daran, daß diese Art militärischen Aktionseifers die Palästinenser gefügig machen wird, wie Scharon es suggeriert. (...) Noch während die Ambulanzwagen am Samstagabend zum Schauplatz des Attentats in Beit Yisrael jagten, fanden sich einige tausend Friedensbewegte zur Mahnwache vor der Premiersresidenz ein. In früheren Fällen hätte 'Peace Now' (Frieden Jetzt) Kundgebungen eher abgesagt, als sie im Schatten eines frischen Terroranschlags zu halten. Heute nicht mehr. 'Ich bin genau deshalb hier, damit dieses elende Blutvergießen gestoppt wird', sagte Ram Rahat, von Beruf Rechnungsprüfer. 'Es ist eine völlig falsche Kalkulation dieser Regierung, Gewalt mit noch mehr Gewalt bezwingen zu wollen. Es gibt nur eine Lösung: raus aus den besetzten Gebieten.' Nur, die ist nicht in Sicht, solange Scharon das Sagen hat." (*Frankfurter Rundschau*, 4. März)

Im Blut ertränkt

Nachstehend Auszüge aus einem Kommentar von *Adam Keller* und *Beate Zilversmidt*, Mitglieder der israelischen Friedensbewegung Gush Shalom, nach einem Selbstmordanschlag in Jerusalem (erschieden in *Junge Welt*, 4. März):

„Es passierte, als sich die Menge gerade am Zion-Platz im Zentrum Jerusalems versammelte. Peace Now hatte zu einem Protestmarsch aufgerufen. Wir hörten nur einen dumpfen Schlag, aber die Sirenen der Krankenwagen verrieten uns, daß etwas Ernstes passiert sein mußte. Wann immer in den vergangenen Jahren eine Friedensinitiative wagte, ihren Kopf herauszustecken, waren Ariel Scharons Regierung und die Armee mit einer blutigen Provokation zur Hand. Einer Provokation, die niemals lange auf eine ebenso blutige Antwort von palästinensischer Seite warten ließ, der wiederum eine israelische Revanche folgte und so weiter. Revanche auf Revanche auf Revanche. Bis schließlich die Friedensinitiative in Blut erstickt und vergessen war. So war es, als die Mitchell-Kommission ihren Bericht vorlegte, als Tenet kam, um seine Vorschläge zu unterbreiten und als der Vermittler Zinni in der Region erwartet wurde und Arafat zu diesem Zweck ernsthafte Anstrengungen unternahm, den Dezember-Waffenstillstand aufrechtzuerhalten. Diese Woche hatte nun der saudische Kronprinz vorgeschlagen, daß die arabischen Staaten Israel im Gegenzug zu einem kompletten Rückzug aus den besetzten Gebieten anerkennen sollte. Scharon antwortete, indem er zwei Brigaden mit zahlreichen Panzern und Hubschraubern in zwei Flüchtlingslager schickte. (...) Das Ergebnis war vorhersagbar und heute nacht ist es passiert: Ein rachebeseelter junger palästinensischer Flüchtling sprengte sich in einer zufällig ausgesuchten israelischen Menge in die Luft. Neun Menschen starben mit ihm, Dutzende wurden verletzt. Die Polizei benutzte diesen Vorfall, um die Peace-Now-Organisatoren zu drängen, die Demonstration aufzulösen. Doch nach einigem Zögern wurde entschieden, weiterzumachen. Die Botschaft war um so wichtiger geworden. Auf unseren Schildern stand: 'Wir trauern um die 1 114 toten Israelis und Palästinenser – Scharons Vorstellung von Frieden und Sicherheit'. Und so demonstrierten Tausende durch die nahezu leeren Straßen des Stadtzentrums, vorbei an den Schauplätzen vergangener Selbstmordanschläge, vorbei an aufgegebenen Geschäften. Vor dem Sitz des Premiers hielten wir eine Schweigeminute ab. Verschiedene Redner machten anschließend die Besatzung und die Regierung, die auf dieser besteht, für das Blutvergießen verantwortlich. Nach der Demonstration fuhren über hundert von uns zum Makassed-Krankenhaus in Ostjerusalem, um Blut für die Palästinenser in den Flüchtlingslagern zu spenden. Wir wurden erwartet, doch hatte man offensichtlich nicht mit so vielen gerechnet. Während wir uns anstellten und unseren Freunden zuschauten, die bereits zur Ader gelassen wurden, gingen unsere Gedanken zu den Krankenhäusern im Westen der Stadt, wo, wie wir wußten, ebenfalls lange Schlangen von Blutspendern warten würden.“

"Die Besatzung tötet uns alle"

Aus einem Beitrag in der *Frankfurter Allgemeine* (12. Februar) über Friedensdemonstrationen in Israel:

„Noch Ende vergangenen Jahres hätte eine große Demonstration gegen die Regierungspolitik des israelischen Ministerpräsidenten Scharon nicht stattfinden können - aus Furcht vor zu geringer Teilnahme wurden Proteste der israelischen Bürgerbewegungen sogar abgesagt. Jetzt aber kamen am Samstag auf dem Museumsplatz in Tel Aviv nicht nur die polizeilich angemeldeten 5000 Demonstranten zusammen, sondern bis zu 10 000 Teilnehmer. Inzwischen können Bewegungen wie 'Frieden Jetzt', 'Yesh Gvul' oder das 'Komitee gegen Hauszerstörungen' wieder Massen auf die Straße ziehen. Gewiß tragen zwei Ereignisse zu diesem Stimmungswandel bei. Zum einen war dies im Januar die Zerstörung von vielen Häusern im Lager von Rafah im Gaza-Streifen durch die israelische Armee. Auch wenn die Armee bis heute darauf besteht, daß alle Häuser damals bereits verlassen gewesen seien, wandten ihr nach dieser Aktion mehr als 200 junge Offiziere den Rücken. Sie wollen nicht mehr in den besetzten Gebieten Dienst tun. Zudem wird die israelische Nation des

kriegerischen Vorgehens der Regierung Scharon müde. Israel sieht nach Statistiken auf das Jahr mit den meisten Terroranschlägen zurück. Noch gibt die Mehrheit der Nation Scharon Zeit. Aber langsam wächst der Kreis der Kritiker, die den Terror vor allem auf die Okkupation zurückführen und diese beenden wollen. So lautet das Schlagwort der politischen Linken in Israel nun: 'Raus aus den Gebieten - zurück zu uns.' Der Stimmungswandel in Israel hat dagegen nichts mit der Politik der Autonomieführung zu tun. Sie antwortet nicht auf eine harte Anti-Terror-Politik ihres Vorsitzenden Arafat. In der israelischen Armee heißt es bisweilen, Arafat habe auch gar keine Kontrolle mehr. Der Lynchmord dreier Verurteilter im provisorischen Gerichtssaal von Nablus in der vergangenen Woche zeige das ebenso wie die Freilassung von islamistischen Gefangenen in Nablus und Dschenin, nachdem dies von Demonstranten gefordert worden war. Andererseits pilgern mehr Palästinenser denn je nach Ramallah, um dem dort weiterhin im praktischen Hausarrest sitzenden PLO-Chef zu huldigen. Die immer wieder beteuerte Behauptung des israelischen Ministerpräsidenten Scharon, Arafat sei 'irrelevant', hat alle Kritik am Palästinenserführer erstickt und ihn erst recht relevant gemacht. So könnte Arafat in seinen Reden zumindest zu Frieden und Versöhnung aufrufen, wenn er schon nicht polizeilich hart durchgreift. (...) Die neuen israelischen Schläge auf Polizeistrukturen Arafats in Gaza sind offenbar nur die erste Woge der Vergeltung. Sie treffen bereits zerstörte Häuser - und erreichen nach Auffassung der Demonstranten nichts. Die Demonstranten nehmen diese palästinensische Haltung in Kauf. Sie setzten auch - erstmals seit Oslo - zu diesem Zeitpunkt nicht auf den Dialog mit Arafats Lager, sondern denken an eine erste Phase des einseitigen Abzugs. Sie fordern die unverzügliche Evakuierung zumindest der isolierten Siedlungen und wollen erst in einer zweiten Etappe den Dialog wiederaufnehmen. Die Demonstranten wollen der israelischen Nation 'Mut machen'. Es gebe eine andere Politik als die der militärischen Vergeltung, sagten die Redner und nannten Scharons Politik ein 'Kriegsverbrechen', das der Friedensnobelpreisträger und Außenminister Peres mittrage. 'Sagt später nicht, ihr hättet den Preis nicht gewußt, den uns der Verbleib in den besetzten Gebieten kostet', warnte das Banner des 'Komitees gegen Hauszerstörungen'. Bis vor kurzem waren auch die Friedensbewegten in Israel in den Chor eingestimmt, der den Palästinensern vorwarf, selbst eine Abgabe der Gebiete führte nicht zu Frieden. Arafat und die palästinensische Nation erhoben vielmehr einen Anspruch auf ganz Israel bis zum Mittelmeer. Das ändert sich nun. Mehr zum Selbstschutz und unter dem Eindruck der jungen Offiziere, die nicht weiter eine Nation 'demütigen' und sie in 'großen, vermeintlich autonomen Zonen halten wollen', heißt das Motto nun: 'Die Besatzung tötet uns alle.' Die in Israel berühmte Sängerin Noa Nini sang dazu. Das sei ihr nicht leicht gefallen, hieß es später - denn Noa wurde bisher vor allem wegen ihrer patriotischen Lieder von der politischen Rechten verehrt."

„Nachdem“ ist ein Propagandawort

Nachstehend Auszüge aus einem Interview mit Uri Avnery (erschieden in *Der Tagesspiegel*, 22. Februar):

„Es ist ein normaler Guerillakrieg mit ungleichen Kräften. In der römischen Arena gab es einen schwer bewaffneten Gladiator und einen Ungepanzten, der mit einem Dreizack und einem Netz um den Gerüsteten herumtanzte. Wenn ihn der Gladiator mit seinem Schwert erwischte, war er tot. Aber der im Panzer war unbeweglich, der andere wollte ihn fangen mit dem Netz. So ähnlich ist das jetzt bei uns: das schwer gepanzerte Militär gegen ein Netz von Guerilleros. (...) Eine politische Lösung liegt auf der Hand. Man kann sie morgen früh erreichen. - *Warum hat dann Arafat das Angebot von Taba vor einem Jahr abgelehnt?* - Das ist ein Irrtum, den Auslandskorrespondenten von Israels Propaganda übernommen haben. In Taba kamen sich beide Seiten sehr nah. Abgebrochen wurden die Verhandlungen einseitig: von Premier Barak, vor den Neuwahlen. (...) Barak glaubte, daß die Verhandlungen ihm schaden; geschossen wird immer. Warum sollte die starke Seite verhandeln, wenn nicht geschossen wird? (...) Wir waren bei Arafat vor zwei Wochen in Ramallah. Von Jerusalem dorthin sind es zwölf Kilometer, Auf dem Weg dorthin gibt es zwei Armeesperren. An der ersten Sperre haben die Soldaten uns nicht angeguckt, die zweite war unbesetzt. Auf dem Rückweg war sie besetzt. Es war ein Regentag. Ein Stau von drei, vier Kilometern. Palästinenser, die von ihrer Arbeit zurückkehrten. Es ging vorwärts, ein Meter die Minute. Die Palästinenser gingen zu Fuß, über ein Matschfeld. Elegante Frauen, Mütter aus den Dörfern, Anwälte mit Aktentaschen, Gemüsehändler. Sie hatten ihr Auto am Ende der Stadt verlassen. Als wir an der Kontrollstelle angekommen waren, standen da zwei Soldaten. Sie sahen gar nicht hin, haben nur den Verkehr verlangsamt. Mehr Sicherheit bringt die Schikane nicht, Selbstmörder gehen zu Fuß. Aber jetzt haben die Palästinenser erstmals eine Sperre gestürmt, sechs Soldaten umgebracht. Der Krieg wird intensiver, die Palästinenser lernen neue Methoden, Israelis reagieren mit neuen Methoden. (...) Armeeoffiziere glauben an die Gewalt der Gewalt. Aber die ist in dieser Art Kampf nicht so wirkungsvoll. Ihre Methode, militante Palästinenser umzubringen, nennen sie 'lokalisierte Prävention'. Umgebracht werden lokale Guerilla-Führer, sehr oft aber die politische Leitung. Die Armee glaubt, wenn man genug von denen tötet, ist die Gruppe unschädlich. Im Gegenteil: An den Platz der bekannten, politischen Figuren rücken extremere Militante von unten. Ich war selbst Terrorist, als ich jung war, gegen die Briten, ich weiß, wie man da reagiert. Mittlerweile sagen die meisten Palästinenser: Die Israelis verstehen nur die Sprache der Gewalt. (...) Ben Gurion schreibt in seinem Tagebuch: Wenn Scharon zu lügen aufhörte, wäre er ein vorbildlicher Militärführer. Arafat lügt weniger als die meisten, weil er seit 20 Jahren dasselbe verlangt: einen Staat Palästina in den besetzten Gebieten und Jerusalem als gemeinsame Hauptstadt; und daß die jüdischen Siedler abgezogen werden sowie eine Lösung des Flüchtlingsproblems, die Israels demographisch nicht überfordert. (...) Mit Beginn der

Intifada vor 16 Monaten war das Friedenslager teilweise zusammengebrochen. Übrig blieben wir von Gush Shalom, der radikale Kern. Wir haben wöchentlich Demonstrationen gemacht, haben Häuser aufgebaut, die von der Armee zerstört worden waren, haben mit den Palästinensern Armeesperren durchbrochen. Wir organisieren einen Boykott der Erzeugnisse von Siedlern in den besetzten Gebieten. Und wir verteilen eine Karte an Soldaten., auf der steht: 'Liquidation, administrative Verhaftung, Häuserdemolierung, Folter, Deportation und Anwerbung von Kollaborateuren sind Kriegsverbrechen im Sinne der Genfer Konvention. Wenn du das tust, kannst du im Ausland wegen Kriegsverbrechen angeklagt werden, wie es Scharon passiert ist.' (...) Was ist der Unterschied zwischen Psychotikern und Neurotikern? Der Psychotiker glaubt, zwei und zwei seien fünf; der Neurotiker weiß, es sind vier - aber es ärgert ihn. Israel ist in dem neurotischen Stadium der widerwilligen Einsicht. Während des ersten Jahres von Scharon und der Intifada waren wir sehr isoliert. 14 Monate haben fast alle Medien die Propaganda der Regierung nachgeplappert. Vor sechs Wochen begann sich das zu ändern. Die Armee demolierte 55 Häuser an der Südgrenze des Gazastreifens. Das hat auf die Öffentlichkeit einen stärkeren Eindruck gemacht als die massenhaften Tötungen: Flüchtlinge in Elendshäusern, die aufwachten, als der Bulldozer schon ihr Haus attackierte. Am Tag vorher hatten wir zum ersten Mal eine Veranstaltung zum Thema Kriegsverbrechen gemacht. Darauf folgte ein Aufruf von 50 Reservesoldaten: Wir verweigern ab jetzt den Dienst in besetzten Gebieten. Nun sind es schon über 200. (...) *Wie ist der Friedensprozeß von außen zu fördern? Sie sagten im Sommer 2001 dem Tagesspiegel, Joschka Fischer sei nicht sehr tapfer gewesen bei seinem Nahost-Besuch.* - Jetzt hat er etwas Gutes getan, indem er Arafat in Ramallah besuchte. Auch wenn er überzeugt zu sein scheint, daß sich seine Außenpolitik weitgehend mit den USA identifizieren muß. Und deutsche Medien plappern israelisch-amerikanische Propaganda nach und benutzen deren Terminologie. (...) Gestern hörte ich im Radio, Israels Armee habe das und das getan, nachdem - nachdem die Palästinenser das und das getan haben. 'Nachdem' ist ein Propagandawort, das ein gewöhnlicher Hörer nicht wahrnimmt. (...) alle Taten der Israels seien Reaktionen auf Palästinenser-Taten. Aber Sie können genauso für das Gegenteil argumentieren. - *Aber man muß doch Kontexte herstellen.* - Kausalitäten: Ein Jagdflieger schickt eine Rakete auf ein Auto, in dem ein palästinensischer politischer Führer mit seinen vier Kindern fährt. Ein Selbstmörder sprengt sich in die Luft in Jerusalems Fußgängerzone. Israels Armee fällt ein in Ramallah ein. Ein Panzer wird dort in die Luft gesprengt. So fängt es an. Zehn Häuser werden abgerissen in Ostjerusalem. Ein Selbstmörder aus Ostjerusalem geht in die Diskothek. Wer bestimmt, wo das anfängt? - *Berichten ohne diesen Kontext wirft man gern israelfeindliche Haltung vor.* - Das ist eine journalistische Charakterfrage. Weil die Deutschen sechs Millionen Juden ermordet haben vor 60 Jahren, muß man den israelisch-palästinensischen Konflikt so behandeln? Philosemitismus ist eine Sonderbehandlung mit verkehrten Vorzeichen. Gestern mußte man die Juden sonderbehandeln, weil sie Juden sind, und umbringen; heute muß man sie speziell behandeln, weil sie umgebracht wurden.“

Ein Vorschlag aus Saudi-Arabien

Die Zunahme der Kämpfe, der Zahl der Toten, beginnend mit massiven Schlägen der Israelis, folgte einem Signal aus Saudi-Arabien. Am 17. März veröffentlichte die *New York Times* ein Interview von Thomas Friedman mit Saudi-Arabiens Kronprinz Abdallah. Die Interview-Äußerungen wurden als „Abdallah-Initiative“ bezeichnet, noch bevor die Vorschläge offiziell formuliert worden waren. Der Beauftragte für die EU-Außenpolitik, Javier Solana, eilte nach Dschidda um Einzelheiten der Initiative auszuloten, die die Anerkennung Israels durch die arabischen Staaten vorsieht, falls sich Israel auf die Positionen vor Beginn des Sechs-Tage-Krieges von 1967 zurückzieht. Abdallah habe zugesagt, seine Initiative möglichst bis zum arabischen Gipfel Ende März in Beirut zu konkretisieren:

Die *Frankfurter Allgemeine* sah (am 28. Februar) in den Äußerungen Abdallahs „einen Funken Hoffnung“: „Erstmals seit Gründung Israels wird dem Staat der Juden nicht nur seine Anerkennung angeboten, sondern ein "Ende des Konflikts", nämlich die Normalisierung der arabisch-israelischen Beziehungen. Diese Vision geht über den 'kalten Frieden' Israels mit Ägypten hinaus und kommt zudem ausgerechnet von dem wohl konservativsten arabischen Staat.“ Schon machte sich Euphorie breit. Israels Staatspräsident (Katsav) nannte das Angebot einer Normalisierung des Verhältnisses der arabischen Staaten zu Israel einen „dramatischen Schritt“.

Die *Frankfurter Rundschau* berichtete (am 28. Februar): „Die Grundidee sei so positiv, sagte Katsav, daß 'wir uns eine Zurückweisung aus Mißtrauen oder, weil wir eventuell negative Absichten vermuten, nicht leisten können'. Einen israelischen Rückzug zu den Grenzen von 1967 lehne zwar auch er ab, schränkte Katsav ein, verwies aber gleichzeitig darauf, daß am Verhandlungsbeginn meist Maximalforderungen stünden.“ Scharon aber ließ sogleich mitteilen, über einen vollständigen Rückzug aus den besetzten Gebieten sowie aus dem von Israel nach 1967 annektierten Ostteil Jerusalems lasse sich aber nicht reden. „Solange diese Regierung besteht, wird es ein Angebot wie in Camp David oder Taba nicht geben.“ (Was von den „großzügigen Angeboten“ von Camp David oder Taba zu halten ist: siehe unten).

Die *Neue Zürcher Zeitung* (28. Februar) zum Echo auf die saudischen Erklärungen: „Hinter der Fassade der allgemeinen Erleichterung über Abdallahs prinzipiell gefaßte Ideen verbirgt sich bereits wieder ein hartes Ringen um deren praktische Nutzung und Ausgestaltung. Der ägyptische Kommentator Mahmud Awad legte den saudischen Regenten so aus: 'Die Ideen des Kronprinzen brachten den Nahostkonflikt wieder auf den zentralen Punkt: Ist Israel bereit, sich aus

sämtlichen besetzten Gebieten zurückzuziehen, oder nicht? Wenn ja, so machen die Araber alle Frieden, wenn nein, so geht der Konflikt weiter. Dafür braucht es aber überhaupt keine Verhandlungen. Ein klarer Entschluß der Israeli genügt. Und irgendeine andere Lösung gibt es nicht.' ... Auf der anderen Seite warfen sich die Israeli sofort auf die Einzelheiten einer möglichen Verhandlungsinitiative, um genau dieser Grundfrage aus dem Weg zu gehen. Sie wollen sich diese rare Öffnung aus der konservativsten Ecke Arabiens nicht entgehen lassen. Außenminister Peres beteuerte, er habe bei Abdallah interessante Flexibilitäten in Sachen Ostjerusalem entdeckt und nicht von ungefähr habe dieser die Flüchtlingsfrage überhaupt nicht erwähnt. Ministerpräsident Scharon und Staatspräsident Katsav kehrten die Sache überhaupt um, indem sie ihr Interesse in den Vorschlag eines israelisch-saudischen Gipfeltreffens verpackten - wohl wissend, daß ein solcher Normalisierungsschritt für die überaus konservativen Saudis eine große Konzession bedeuten müsste. Ein Treffen mit den Israeli liegt Abdallah, gemessen an seinen deutlichen Unmutsbezeugungen wegen Scharons Brutalität gegenüber den Palästinensern, völlig fern. Seine Intention mit dem fast buchstabengetreuen Aufgreifen des über zwanzigjährigen Fahd-Plans war viel eher, angesichts des heutigen Teufelskreises zwischen Intifada, militärischer Repression und Waffenstillstandsplänen klarzustellen, daß die Araber den Frieden sehnlichst wünschen und daß der politische Kern einer Lösung längst allseits bekannt ist. Auch die Reaktion des Weißen Hauses verheißt keine Wende, vielmehr pochte der Sprecher auf die Umsetzung der schon vorliegenden Pläne von Tenet und Mitchell, bevor man den politischen Horizont ins Auge fassen könne.“

Der Tagesspiegel gab (am 1. März) zu bedenken: „Die Palästinenserführung hat ihren politischen Trumpf, die Anerkennung des Staates Israel, bereits in Oslo aus der Hand gegeben. Der saudische Vorstoß erinnert nun Israel und seinen Verbündeten daran, daß eine Rückgabe des Landes an die Palästinenser auch dem jüdischen Staat eine politische Perspektive bietet: Nicht nur ein Ende der täglichen Gewalt, sondern die Anerkennung durch den Rest der arabischen Welt. Damit hat Saudi-Arabien einen neuen Anreiz für Israel geschaffen, sich zu den notwendigen Konzessionen durchzuringen. Vor allem aber hat der 'Abdallah-Plan' schon in seiner jetzigen rudimentären Form enorme psychologische Bedeutung: Die arabische Welt ist bereit, Israel die Hand auszustrecken, wenn es die UN-Resolutionen befolgt. Zudem erhält dieses Angebot besonderes Gewicht, weil es aus dem Mund des Kronprinzen Abdallah kommt, der als Nationalist und Kritiker Israels und der USA bekannt ist. Dieser psychologische Aspekt könnte den Durchbruch bringen - wenn Israel sich darauf einläßt.“

„Im Prinzip“, hieß es in der *Süddeutschen Zeitung* (am 2. März), sei an dem Abdallah-Vorschlag „nichts neu. Schon 1996 haben die arabischen Staaten den Grundsatz verkündet: 'Rückzug aus allen 1967 besetzten Gebieten gegen Frieden'. Doch Saudi-Arabien ist nicht irgendein Staat auf der nahöstlichen Landkarte. Dank seinem Ansehen und seiner Finanzkraft kann das Königreich einem solchen Vorschlag auf dem bevorstehenden Araber-Gipfel in Beirut ganz anderes Gewicht verleihen. Als der Prinz seinen Ballon steigen ließ, mag er mehr daran gedacht haben, die Beziehungen zu Washington aufzupolieren, die nach dem 11. September lädiert wurden. Zugleich will er etwas für das Ansehen seiner Dynastie tun, indem er eine Lanze für die Palästinenser bricht. Wie auch immer - die Lethargie der arabischen Staatschefs gegenüber der Intifada ist durchbrochen.“ Die Zeitung gab zu bedenken: „Welchen Spielraum haben dagegen die Palästinenser? Gar keinen. Alle Gebiete, deren Räumung die Araber fordern, umfassen nur noch 22 Prozent des einstigen britischen Mandatsgebietes Palästina, insgesamt 6000 Quadratkilometer. Das PLO-Puzzle ist durchsetzt von 69 israelischen Siedlungsblöcken, reservierten Straßen und Kontrollposten. Im Jordantal und an der Grenze zur Negev-Wüste sollen, so lautete das historische Angebot von Scharons Vorgänger Ehud Barak an den unflexiblen Arafat, nochmals zehn Prozent des Territoriums unter 'zeitweiliger Kontrolle' der Israelis bleiben. Wenn mit einem solchen Gebilde Staat gemacht werden soll, dann kann dieser ohnehin nur bei wirtschaftlicher Hochkonjunktur und anhaltender politischer Schönwetterlage überleben. Es wäre unrealistisch, die entscheidenden Konzessionen von einem Palästina zu erwarten, das wie jetzt in Agonie liegt.“

Alles Schnee von gestern. Auf Abdallahs Denkanstöße folgte Scharons Offensive. Eine seriöse Debatte der saudischen Vorschläge auf der arabischen Gipfelkonferenz Ende März in Beirut wäre überhaupt nur bei einer Betmupte4(t)-23-16.

Arafat wurde bitter enttäuscht. „Barak habe nämlich „wenig Eile“ gezeigt, sich mit ihm zu treffen, das erste Treffen am 11. Juni 1999 sei schlecht vorbereitet gewesen. „Barak war offenbar überzeugt, die besseren Karten zu haben und auch noch die Spielregeln diktieren zu können.“ Er ließ wissen, er wolle die Durchführung des noch mit Netanjahu abgeschlossenen Wye-Abkommens, vor allem den vereinbarten Rückzug von der Westbank, von Fortschritten bei Verhandlungen über den Endstatus (u.a. auch über Grenzen, über den Jerusalem-Status und die Flüchtlingsfrage) abhängig machen. „Das löste bei den Palästinensern eine Reaktion aus, die in etwa lautete: Dieselben alten Tricks, die wir zur Genüge kennen - der eine Trickser geht, der andere kommt.“ Kapeliouk weiter: „Die Palästinenser verstanden sehr schnell, daß Barak sich um die Umsetzung der Interimsabkommen drücken wollte. Entsprechend tief war ihre Enttäuschung.“ Er verweist darauf, daß Beilin davon überzeugt ist, „daß Barak mit seiner Taktik der Oslo-Prozess zum Scheitern bringen wollte.“ Scher meint, Baraks Haltung habe „die Beziehungen zwischen Palästinensern und Israelis beschädigt“. Man hätte eine Aussetzung der Durchführung des Wye-Abkommens mindestens mit den Palästinensern abstimmen müssen, so etwas dürfe „nicht von der Okkupationsmacht den Okkupierten diktiert werden“. Beilin: „Die Palästinenser fühlten sich hereingelegt, erniedrigt und ausgetrickst.“ Die Palästinenser hätten im Vorfeld von Camp David „alles in ihrer Macht stehende unternommen“, um das Treffen zu verhindern, denn „Arafat fürchtete ein Gipfeltreffen, bei dem er nicht vorab darüber informiert war, was Barak ihm vorschlagen würde. Er wollte nicht überrascht werden, sich nicht einem Schulteranschlag von Clinton und Barak gegenübersehen, um am Ende des Treffens beschuldigt zu werden, er habe die notwendigen Kompromisse verweigert.“ Genau aber dies geschah dann. Kapeliouk: „Alles deutet darauf hin, daß der Präsident der Autonomiebehörde es vorgezogen hätte, vorab zu einer prinzipiellen Vereinbarung zu kommen.“ Scher zufolge „haben sich die Palästinenser nur aufgrund des Diktats von Barak schließlich zu diesem völlig unvorbereiteten Gipfel nötigen lassen.“ Es sei, so Kapeliouk weiter, zweifellos eine von Baraks Optionen gewesen, den Nachweis zu erbringen, daß er keine Verhandlungspartner finde. Beilin schrieb, Barak habe mehrfach erklärt, man werde entweder zu einem Abkommen gelangen oder die Palästinenser zwingen „ihr wahres Gesicht zu zeigen“. Es seien, heißt es bei Kapeliouk, „recht seltsame Verhandlungen“ gewesen, die die drei Bücher schildern. „Die Israelis machten ihre Vorschläge stets unter der Maßgabe, sie seien nur unverändert anzunehmen oder abzulehnen; zudem wurden diese Vorschläge nur mündlich übermittelt - schriftliche Angebote hatte Barak strikt untersagt.“ In dem Artikel wird daran erinnert, daß sich die PLO im Oslo-Abkommen zu einem Friedensvertrag auf der Basis der UN-Resolution 242 bereit gefunden hatte, womit sich die palästinensischen Gebietsforderungen auf 22 Prozent des Territoriums des Mandatsgebiets von 1947 reduzierten - und stets bezogen sich die Palästinenser auf 242, „die jede Annexion verwirft und bereits im Einleitungssatz die ‘Unzulässigkeit von Gebietsgewinn durch Krieg’ betont.“ Es sei Baraks Absicht gewesen, „diese Entschließung zu umgehen, indem er einen künftigen Vertrag mit den Palästinensern als ‘Einigung über die Auslegung der Resolution 242’ verstanden wissen wollte,“ schreibt Scher. Kapeliouk: „US-Präsident Clinton, der beim Gipfel als Vermittler auftrat, stimmte jeden seiner Schritte mit der israelischen Delegation ab. Als er dann angesichts der geringen Fortschritte bei den Gesprächen das Dokument präsentierte, das seine eigenen Vorstellungen enthielt, waren alle überrascht - außer den Israelis. Barak hatte dem israelischen Verhandlungsteam schon einen Monat vor dem Gipfel ... enthüllt, was in dem Clinton-Papier stehen werde - aber allen striktes Stillschweigen verordnet.“ Beilin verweist in seinem Buch sodann darauf, daß Yasser Arafat bereits vor dem Camp-David Gipfel in einem Gespräch mit Clinton deutlich gemacht habe, daß die Palästinenser hinsichtlich der Flüchtlingsfrage „die bevölkerungspolitischen Bedenken Israels berücksichtigen werden“. Und auch Scher schreibt, daß die Palästinenser „nicht auf der praktischen Umsetzung des Rechts auf Rückkehr nach Israel bestehen - nach meiner Meinung gehört dieser Punkt nicht zu ihren unverzichtbaren Forderungen.“ Schließlich geht Kapeliouk auf den Besuch Scharons auf dem Tempelberg am 28. September 2000 ein: „Sicherheitsexperten hatten vor diesem Besuch gewarnt, Arafat und hohe Offiziere der israelischen Armee drängten Barak, ihn nicht zu erlauben - vergeblich.“ Kapeliouk zieht den Schluß: „Ehud Barak hat seinen politischen Niedergang selbst herbeigeführt, nicht zuletzt durch seine hektischen Scheinaktivitäten und seine schamlosen Versuche, die Ängste der israelischen Bevölkerung auszubeuten. Seine Politik der verbrannte Erde hat Scharon den Weg bereitet, der damit in gewisser Weise sein legitimer Nachfolger ist.“

Was man in Ramallah über das Verhalten der Soldaten sagt

Der nachstehende Artikel von *Amira Hass* wendet sich an das israelische Publikum, er will darauf aufmerksam machen, wie die israelische Armee von den Palästinensern wahrgenommen wird. (Erschienen in *Ha'aretz* am 28. Februar):

„Palästinenser, die vom Shin Bet in den Tagen verhört wurden, als Folter unbeachtet blieb, kamen zu dem Schluß, daß ihre Vernehmungsoffiziere angewiesen waren, nicht aus persönlicher Rache zu handeln. Wenn ein Vernehmungsoffizier feststellte, daß man ihm falsche Informationen gab und er deshalb wütend wurde, verließ er den Raum und ein anderer Vernehmungsoffizier ersetzte ihn. Ob das zutrifft oder nicht, es zeigt, daß Menschen nicht ihre Fähigkeit verlieren, ihre Situation zu analysieren und Schlußfolgerungen zu ziehen. Dasselbe passiert jetzt in den Gebieten: Selbst unter Belagerung in ihren Enklaven, bombardiert und beschossen und in ihren Häusern erschossen analysieren die Palästinenser weiterhin das Verhalten der israelischen Armee. Der israelische Geheimdienst und seine Sprecher ziehen gern eine Verbindung zwischen Arafats angeblichem Gefühl der Demütigung und seinen unbehaglichen Beziehungen mit den Tanzim und den Angriffen.

Um dem israelischen Konsumenten diese Sicht zu erleichtern, ignorieren sie die Art, wie die israelische Armee von den Menschen wahrgenommen wird, denen die Armee angeblich die Botschaft der Regierung überbringt. In dieser Woche bot die von der israelischen Armee [IDF] vollzogene Räumung des Gebietes von Ramallah, das sie seit Dezember 2001 besetzt hielt, den Menschen eine weitere Gelegenheit, ihre Ansichten auszutauschen. Im Lebensmittelladen nebenan, wo man die Produkte wegwerfen muß, die ihr Haltbarkeitsdatum überschritten haben, weil so wenige sie kaufen können, neben den umgestürzten Elektromasten auf den von den Panzern zerstörten Gehwegen reden die Menschen darüber, wie sie die Soldaten als Individuen und die israelische Armee als Organisation wahrnehmen.

Angst. Das scheinbar unkontrollierte Schießen von Soldaten an Checkpoints und Vorposten ist angsteinflößend. In Kalandia schießen sie auf Menschen, die sich 300 Meter entfernt versammeln. In Ramallah schossen sie auf Jugendliche, die Steine auf Panzer warfen. Dort, wo bis zur vorigen Woche der Checkpoint Ein Ariq war, den die israelische Armee jetzt zerstört hat, wo die Straße mit Schutthaufen, Bollwerken, Stacheldraht und ausgehobenen Gräben blockiert war, bestätigten Soldaten gegenüber Ha'aretz, was die Palästinenser sagten: 'Wir haben Befehl, auf jeden, der sich nähert, zu schießen,' sagten die Soldaten, die von ihrem SPW [Schützenpanzerwagen] kletterten, ein bißchen weniger spannungsgeladen, nachdem sie etwas auf Hebräisch gehört hatten. Aber einerlei wie einschüchternd ihr Verhalten und die Folgen daraus sein mögen, die Menschen ziehen die Schlußfolgerung, daß dieses Verhalten ein Ergebnis der tiefstehenden Angst ist, die die Soldaten empfinden. Palästinensischen Beobachtern zufolge war auch der israelische Rückzug aus Gegend von Ramallah von Angst begleitet. Viele Hubschrauber deckten den Rückzug der Panzer und SPW. 'Die waren drei Monate hier und machten was sie wollten, praktisch ohne daß sie jemand störte,' sagte jemand in dem Lebensmittelladen. 'Sie blockierten Straßen, ließen keine Leute durch, schossen mit Tränengasgranaten und Betäubungsgranaten. Und plötzlich, wenn sie abziehen, kriegen sie Angst, daß sie jemand angreift?' Schändlich, sagt der Lebensmittelhändler.

Sinnlosigkeit. Eine der Kundinnen im Lebensmittelladen hielt das nicht für schändlich. Sie sagte, das zeige, daß die israelische Armee einen ordentlichen Abzug ohne irgendwelche Störungen sichern wollte. Aber beide waren sich darin einig, daß die israelische Armee ebenso ging wie sie gekommen war: Außer daß die Armee Sachen zerstörte und das Leben der Einwohner erbärmlich machte, hat sie gar nichts erreicht. Nicht militärisch und nicht politisch. Der Aufmarsch in Ramallah hat die Soldaten nicht davor geschützt, in Surda und Ein Ariq getötet zu werden. Und Yasser Arafat hat von der Belagerung seines Amtssitzes nur profitiert. Nachdem seine Popularität neue Tiefpunkte erreicht hatte, nahm sie in den beiden letzten Monaten dramatisch zu. Leute, die nie große Bewunderer von ihm und seiner Führungsmannschaft waren, erkennen jetzt an, daß er eine glaubwürdige – und ansteckende – Standhaftigkeit besitzt.

Rache um der Rache willen. Nachdem die sechs Soldaten in Ein Ariq getötet wurden, reagierte die israelische Armee mit einer Serie von Beschießungen, Bombardierungen und Einfällen. Es gab keinen Widerstand, aber 13 palästinensische Sicherheitsbeamte und 15 Zivilisten wurden getötet. Bei den Bombardierungen von Gaza wurden mehrere Gebäude getroffen, die schon in der Vergangenheit beschossen worden waren und nicht wiederaufgebaut oder in Benutzung genommen worden sind. Die Menschen mögen ihren Toten betrauern, aber viele glauben, daß Operationen mit dem Motiv der Rache Schwäche deutlich machen, nicht Stärke.

Verwirrung. Über die Wut über die Tötung eines Palästinensers, der seine schwangere Frau zur Entbindung in ein Krankenhaus in Nablus brachte, und die Verwundung einer anderen schwangeren Frau am gleichen Checkpoint hinaus haben die Menschen bemerkt, daß es keine Koordination zwischen den dicht beieinander stationierten Posten gibt. In beiden Fällen, die sich innerhalb von 24 Stunden ereigneten, hatten die Soldaten am Checkpoint nur ein paar Minuten zuvor Fahrzeugen die Durchfahrt erlaubt. Auf die gleiche Weise erhalten die Soldaten an Dutzenden anderer Checkpoints in der Westbank widersprüchliche Befehle, wenn die Ergebnisse auch nicht immer tödlich sind.

Vandalismus. Ein paar Minuten nachdem die Soldaten das Gebäude, das die israelische Armee vor drei Monaten übernommen hatte, verlassen hatten, fanden Besucher den Ort wie einen Schweinestall vor. Die Leute konnten verstehen, vielleicht, warum Computer-CDs weggenommen wurden, selbst wenn sie zufällig einer privaten Firma gehörten. Sie konnten nicht verstehen, warum die CDs nicht zurückgegeben wurden (nachdem man sie zweifellos kopiert hatte), warum Computerteile in den Hof geworfen wurden oder verschwanden und warum Telefone, ein Kühlschrank, Kochgasflaschen und Bargeld fehlten. Sie konnten nicht verstehen, warum die Badezimmer so verdreckt waren und warum Kondome auf einem Tisch zurückgelassen wurden. Wenn sich Soldaten so benehmen, so sagte man gestern in Ramallah, dann hat die israelische Armee, die angeblich so gut organisiert ist, ernsthafte Führungsprobleme.

Übersetzung aus dem Englischen: Wolfgang Buddrus

„Wir konnten es nicht mehr ertragen“

Die *Frankfurter Allgemeine* schrieb (am 11. Februar) über die widersprüchliche Verweigerungsbewegung israelischer Reserveoffiziere:

„Avi wollte immer Soldat werden, wie sein Vater und seine Brüder. Nun steht sein Name in den Zeitungen, und der Leutnant hat von seinem Bataillonskommandeur erfahren, daß er 'nicht mehr das Vertrauen genießt, als stellvertretender

Offizieren, die nicht länger in den besetzten Gebieten Dienst tun wollen. Mit seiner Unterschrift unter einen offenen Brief hat er das aller Welt kundgetan. Vor drei Wochen, waren sie noch 50; nun zählt sogar Hauptmann Yuval Tamari dazu, der aus einer bekannten Familie mit vielen Generalen stammt und aus einem der ehrbaren Kibbuzim. Avi Kaplan kommt aus einer amerikanisch geprägten, modern-orthodoxen Familie, in der Religion und Nationalstolz, Sport und Armee zusammengehören. Wahrscheinlich sei es ja falsch gewesen, sagt Avi, gleich an die Öffentlichkeit zu gehen. 'Aber viele von uns konnten es einfach nicht mehr ertragen.' Er erzählt von Einsätzen in Hebron, wo er den Siedlern 'diente' und die Araber 'geschunden' habe. "Wenn dort die Siedler den Markt der Araber verwüsten und provozieren, bekamen nicht die Siedler Ausgangssperre. Die Araber wurden bestraft.' Mit dem 11. September sei alles noch schlimmer geworden, berichtet Avi. 'Da wurde uns klargemacht, daß wir in 'Judäa', 'Samaria' und im Gaza-Streifen so im Krieg sind wie Amerika in Afghanistan.' Als er entgegnete, den Afghanen erschwere keine Straßensperre das Leben, dort sei keine Stadt abgesperrt, Amerika halte keineswegs Afghanistan besetzt, 'war mein Satz zu lang und schwierig, und der Kommandeur nannte mich einen Querkopf'. Avi aber will nicht länger 'alte Männer vor ihren Enkeln demütigen', bei Hauszerstörungen helfen, 'ganz egal, ob ein Kind drin ist oder draußen', 'Frauen zum Weinen bringen' und als 'Herrenmensch Fremde beherrschen'.

Der israelische Krieg im Libanon führte 1982 zu ersten großen Demonstrationen gegen die staatliche Militärpolitik, die schließlich die Regierung zur Umkehr zwangen. Auch damals waren es zuerst Soldaten, die ihren Einsatz kritisierten. Heute ist die Gruppe der Verweigerer klein, auch wenn Bewegungen wie 'Frieden Jetzt' oder 'Hier ist eine Grenze' helfen und Abgeordnete der Meretz-Fraktion Solidarität bekunden. Aber Avi und den meisten seiner Gesinnungsgenossen sind diese 'linken Freunde' an ihrer Seite nicht recht. Er wolle den Konsens der israelischen Gesellschaft nicht verlassen, die derzeit keinen Weg aus der Besatzung weiß: 'Arafat hat uns doch den Krieg aufgezwungen. Selbst wenn Israel Siedlungen zurückgäbe, würde es keine Ruhe geben. Terror muß auch militärisch bekämpft werden', sagt Avi. Für ihn ist die 'zeitweilige Besatzung' selbst kein moralisches Problem, wohl aber die Auswirkungen. Mit seiner Kritik sehe er sich nun ins 'linke Lager gestoßen' und von ihm vereinnahmt.

Vor Jahren hatte es gesellschaftlich großen Nachteil, nicht beim Militär gewesen oder wegen Verweigerung in Militärhaft gesteckt worden zu sein. Arbeitgeber fragten nach den Militärzeugnissen. Das wurde spätestens mit dem Oslo-Prozeß anders. Gerade viele Kinder der Elite suchen Wege am Wehrdienst vorbei. Eine Zeitung berichtete von Politikerosöhnen, die nach der Schule zum Studium ins Ausland gehen. Die Klage, Israel stecke in den besetzten Gebieten in einem Krieg um seine Existenz, wird immer öfter als Propaganda abgetan. Das sagt auch Avi: 'Wenn ich sehe, wie die mit Kalaschnikow, Mörser und Steinen gegen unsere starke Armee antreten, dann mag das Leben für Israelis in den Siedlungen vielleicht unangenehm sein. Aber Israel ist nicht bedroht.'

Gegen Terror und palästinensische Gewalt müsse es andere Wege als die Erniedrigung einer ganzen Nation geben, sagt Avi. Dennoch bedauert er heute seine Unterschrift unter den offenen Brief. Man hätte in der Truppe mehr mit den Chefs und untereinander reden sollen. 'Aber es ist schwieriger, eine Befehlsverweigerung zu begründen und durchzustehen, als einen Brief an die Zeitung zu schicken.' Er kenne genügend Leute in Uniform, die ihnen auch in der Truppe hätten helfen können. Und er sei plötzlich ein Außenseiter, sagt Avi. 'Die Armee bestraft uns, dabei gehören wir doch dazu.' Besonders schmerzt es Avi, daß jetzt der Sohn eines 'ziemlich radikalen Siedlers' statt seiner der nächste Kompaniechef werden könnte. 'Was wird das dann für eine Armee, in der die politischen Extremisten den Ton angeben?' Beim Abschied bedauert Avi sogar das Gespräch mit dem deutschen Journalisten. 'Das ist nämlich kein Thema, um Propaganda gegen Israel zu machen.'"

Meinungsverschiedenheiten in der palästinensischen Führung

Die *Neue Zürcher Zeitung* schrieb (am 15. Februar) u.a.:

„Israelische Medien haben diese Woche Berichte über eine heftige Auseinandersetzung zwischen dem von den Israeli in Ramallah belagerten Arafat und seinem Sicherheitschef für das Westjordanland, Jibril Rajub, verbreitet. Nach diesen Meldungen, die von der westlichen Presse eifrig aufgegriffen wurden, soll der palästinensische Führer dem Polizeichef die Kappe gewaschen haben, weil er die Befreiung von Gefangenen durch Demonstranten in Hebron am vergangenen Montag nicht verhindert hat. Immer gemäß diesen Berichten soll Arafat Jibril beschuldigt haben, ein Agent der CIA und der Israeli zu sein und ein Komplott zu schmieden, sein Nachfolger als Chef der Autonomiebehörde zu werden. Ja Arafat soll Jibril geschlagen und seine Pistole auf ihn gerichtet haben. Im israelischen Fernsehen hat Jibril später erklärt, die Auseinandersetzung sei ein Sturm im Wasserglas gewesen und seine Loyalität gegenüber Arafat sei ungebrochen. Daß in der palästinensischen Führung angesichts der äußerst angespannten Lage Meinungsverschiedenheiten aufbrechen, ist nicht erstaunlich; auf der Gegenseite, im israelischen Kabinett, sind sie ja praktisch an der Tagesordnung. Ebenso wenig verwundert es, daß dem reiselustigen Palästinenserführer, der sich seit über zwei Monaten nicht mehr aus seinem von Panzern umstellten Hauptquartier bewegen kann, die Nerven durchgehen. Bezeichnend ist jedoch der Grund des Streits: Die Gefangenenbefreiung ist nur eine der Episoden, die auf einen allmählichen Zusammenbruch der Ordnung und der Sicherheit in den palästinensischen Gebieten hinweisen, den Arafat zwar nun Jibril anlasten will, für den aber zur Hauptsache er selber

sowie der israelische Ministerpräsident Scharon die Verantwortung tragen. Scharon macht für palästinensische Terroranschläge, von wem auch immer sie ausgeführt werden, Arafat verantwortlich, schwächt aber gleichzeitig mit seinen militärischen Gegenschlägen gezielt die Sicherheitsstruktur der Autonomiebehörde, welche die Extremisten unter Kontrolle halten sollte. Durch die Bombardierung der Gefängnisse, in denen die des Terrorismus verdächtigten Militanten festgehalten werden, desavouiert Scharon Arafats Polizisten vollends, indem er sie zu den Schergen Israels macht, die palästinensische Kämpfer an einem Ort zusammentreiben, wo sie dann von israelischen Bomben unschädlich gemacht werden können. Die Befreiung der Gefangenen in Hebron ist wohl vor allem der Weigerung der palästinensischen Polizisten zuzuschreiben, dieses Spiel mitzuspielen und als Dank selber zur Zielscheibe der Israeli zu werden. Seit er in Ramallah in der Falle sitzt, hat Arafat immer mehr Leute verhaften lassen, die auf Israels schwarzer Liste stehen. Er erließ einen feierlichen Aufruf zur Waffenruhe und verurteilte immer wieder auf unmißverständliche Weise die Terroranschläge gegen Zivilisten. Aber Arafats Haltung erscheint widersprüchlich. Es ist offensichtlich, daß seine Aufrufe zum Gewaltverzicht nicht die Frucht einer strategischen Umkehr sind, sondern das Ergebnis massiven amerikanischen Drucks. In altbewährter Manier läßt der palästinensische Führer alle Optionen offen, fuchelt gleichzeitig mit dem Ölweig und dem Gewehr, schickt die einen seiner Mitarbeiter zu Verhandlungen und läßt zu, daß andere Waffen kaufen. Aber auf die Fragen seines Volkes und seiner Untergebenen, wie es denn weitergehen soll, hat der alte Führer keine Antworten.

Zwei schwerwiegende Zugeständnisse

In der vorigen Ausgabe der *Palästina Nachrichten* veröffentlichten wir den Artikel Yasser Arafats („Die Palästinensische Friedensvision“), der am 3. Februar in der *New York Times* erschienen war. In der palästinensischen Öffentlichkeit gab es neben zustimmenden Äußerungen auch kritische Stimmen zu Arafats Darlegungen. Nachstehend dokumentieren wir einen bemerkenswerten Beitrag der palästinensischen Journalistin Lamis Andoni, erschienen in *Palestine Report* (am 6. Februar):

„Nach Monaten einer von Israel erzwungenen Haft in Ramallah hat der palästinensische Präsident Yasser Arafat ohne formelle Verhandlungen zwei wesentlichen israelisch-amerikanischen Forderungen nachgegeben: Er bezeichnete palästinensische Organisationen, die sich dem bewaffneten Kampf gegen Israel widmen, als ‘terroristisch’, und er erklärte, daß das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge im Einklang mit ‘israelischen demographischen Wünschen’ stehen sollte.

Indem Arafat gelobte, die Aktivitäten ‘terroristischer Organisationen’ zu stoppen, hat er wissentlich oder unwissentlich Israel eine Rechtfertigung für die Behauptung geliefert, seine Unterdrückung der palästinensischen Intifada sei Teil des größeren von den USA erklärten ‘Krieges gegen den Terrorismus’. Indem Arafat gelten ließ, daß die Lösung für die palästinensischen Flüchtlinge den jüdischen Charakter des israelischen Staates nicht sprengen sollte, hat er das palästinensische Recht auf Rückkehr aufs Spiel gesetzt dadurch, daß er Israel die Oberhand bei der Festlegung der Anzahl der repatriierten Flüchtlinge gegeben hat.

Es ist wichtig festzustellen, daß Arafats Ansichten, die in einem Artikel in der *New York Times* erschienen, weder für die Palästinensische Verwaltung noch für die Palästinensische Befreiungsorganisation bindend sind; er hat kein Mandat, Verpflichtungen einzugehen, die von dem Konsens abweichen, den die beiden sich überschneidenden Führungen gebilligt haben.

Der Artikel ist jedoch geeignet, Arafat, der palästinensischen Führung und dem Volk ernsthaften Schaden zuzufügen. Die feierlichen Versprechen, die von amerikanischen Beamten bereits als ‘bloße Worte’ abgetan wurden, könnten die Schlinge um Arafat enger ziehen und die Palästinenser weiter in einen Bürgerkrieg treiben. Der Artikel bot den Vereinigten Staaten die Worte, die sie den Palästinensern praktisch diktieren, nämlich daß die Palästinensische Verwaltung den von Israel erklärten ‘Krieg gegen den Terrorismus’ unterstützen solle. Der Berater des Nationalen Sicherheitsrates Condaleeza Rice reagierte sehr deutlich, indem er sagte, daß jetzt Arafat seine Rolle spielen müsse.

Es scheint so, als ob der Artikel teilweise darauf abzielt, die Vereinigten Staaten von der Lösung der Verbindungen mit Arafat abzubringen und ihre Initiative zur Unterstützung eines palästinensischen Staates als Ergebnis von israelisch-palästinensischen Verhandlungen wiederzubeleben. Aber indem Arafat diese Bedingungen akzeptiert hat, ist er möglicherweise in eine Falle gegangen und hat sein Volk und seine Sache mitgenommen.

‘Ich verurteile die Angriffe, die von terroristischen Gruppen gegen Zivilisten ausgeführt werden,’ schrieb Arafat. ‘Diese Gruppen repräsentieren nicht das palästinensische Volk oder sein legitimes Streben nach Freiheit. Das sind terroristische Organisationen, und ich bin fest entschlossen, ihren Aktivitäten ein Ende zu setzen,’ gelobte Arafat. Aber wen meinte Arafat mit ‘terroristische Gruppen’? Das US-Außenministerium hat den Islamischen Dschihad, Hamas und die Volksfront für die Befreiung Palästinas auf seine Terroristenliste gesetzt und wird diese Liste vielleicht schon bald erweitern durch die Aufnahme der Demokratischen Front oder die ‘Aqsa Märtyrer-Brigade’ der Fatah. Die Tötung von Zivilisten zu verurteilen ist eine Sache, aber indem der Artikel die von Washington diktierte Definition von Terrorismus akzeptiert, unterminiert er die Legitimität des palästinensischen Widerstandes gegen die israelische Okkupation.

Die amerikanische Definition des 'palästinensischen Terrorismus' und der 'unannehmbaren Gewalt' schließt alle Akte des Widerstandes gegen Israel ein, das heißt die Intifada, und ist nicht auf Selbstmord-Bombenangriffe, die israelische Zivilisten töten, beschränkt. Es ist eine verdrehte Logik von Arafat, palästinensische Widerstandsgruppen als 'terroristisch' zu etikettieren, eine Logik, die Washington nur dabei helfen wird, aktiven Druck auf ihn auszuüben. Solch eine öffentliche Verleugnung palästinensischer Organisationen werden Arafat nicht davon befreien, selbst als Terrorist bezeichnet zu werden; er wird von einigen amerikanischen bereits als 'der Vater des modernen Terrorismus' beschrieben.

Arafats Artikel sendet noch ein weitere ebenso gefährliche Botschaft an Washington. Der Artikel offeriert eine Formel für die Ausführung der UN-Resolution 194 – die das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr auf ihren Boden und in ihre Häuser garantiert - , die in Wirklichkeit den Inhalt eben dieser Resolution aushöhlt. Das ist ein amerikanischer Vorschlag, der von der vorangegangenen Clinton-Administration vorgebracht und äußerst deutlich von Außenminister Colin Powell im letzten November als 'Ersatz' für die Resolution 194 ausgesprochen wurde.

Arafat hat selbst als gewählter Führer nicht das Mandat, derartige Konzessionen zu machen, nicht am Verhandlungstisch und auch nicht in einem Zeitungsartikel. Jetzt werden die Vereinigten Staaten jedoch stärker auf einen Kompromiß zur Umgehung der Resolution 194 drängen. Das ist besonders wichtig im Hinblick auf erneute israelisch-palästinensische Gespräche. Die Vermittlungen arabischer Regierungen in Washington deuten auf das Entstehen eines neuen Kompromisses hin. In diesem Licht kam Arafats Artikel im Kontext mit der berichteten arabischen, ursprünglich jordanischen, Initiative, die die Errichtung eines palästinensischen Staates als Gegenleistung für arabische Garantien für die Sicherheit Israels ins Auge faßt. Die erweiterte Bedeutung der Sicherheit Israels beinhaltet die arabische Akzeptanz der 'israelischen demographischen Wünsche' und Beschränkungen der Souveränität eines sich ergebenden 'palästinensischen Staates'.

Es ist sehr verlockend, den Artikel als einen Versuch Arafats abzutun, sich vor dem drohenden amerikanischen und israelischen Verdammungsurteil zu retten. Der israelische Außenminister Schimon Peres sagte offen, daß Arafat seine Worte zu Taten werde machen müssen, wenn er 'seine westliche Legitimität' erhalten wolle. Doch was für eine Legitimität hat Arafat denn ohne die des palästinensischen Volkes? Trotz all seiner Fehler haben sich viele Palästinenser um den Führer geschart angesichts der israelischen Belagerung. Aber wenn die palästinensische Öffentlichkeit Arafat aufgibt, wird die 'westliche Legitimität' gleich Null sein.“

Übersetzung aus dem Englischen: Wolfgang Buddrus

Palästinensisches Kindertheater

Auszüge aus einer Reportage von *Peter Schäfer* in *Neues Deutschland* (16. Februar):

„Der Tanzsaal des Zentrums für Volkskunst in Ramallah ist erfüllt von Kindergeschrei. Rundherum sind die Wände mit Papier verkleidet, von den Vier- bis Achtjährigen von oben bis unten vollgepinselt. Die Farbe selbst macht vor den Künstlern nicht halt, alle sind voller Kleckse. Die gemalten Motive passen allerdings nicht zur fröhlichen Stimmung. Da schießen Panzer auf Menschen, die blutüberströmt auf dem Boden liegen. Kleine Häuschen mit Gartenzaun werden von Hubschraubern bombardiert. Menschen laufen schreiend weg. 'Ich weiß, das ist paradox, wenn man es zum ersten Mal sieht', sagt Muhammad Sumluk, einer der Betreuer. 'Aber die Köpfe der Kinder sind voll mit diesen Bildern. Für sie ist es eine Erleichterung, sie auf diese Weise zum Ausdruck zu bringen.' Therapeutische Maßnahmen zur Angst- und Stressbewältigung für Kinder sind in Palästina selten. Die meisten Betroffenen werden mit ihren Problemen alleine gelassen. Aber heute ist ein ganz besonderer Tag: Nachle al-Schibr tritt auf. An der Stirnseite des Saales steht eine kleine Puppenbühne. Eben sind zwei Männer dahinter verschwunden, alles guckt gespannt.

Es raschelt, und eine krächzende Stimme, ähnlich der von Ernie aus der Sesamstraße, fesselt die Zuschauer. Dann

Erwachsene allgemein. Zwischendurch animiert Nachle sein Publikum zu Sanges-, Tanz-, und Gedichteinlagen. Wer was kann, führt es vor und erntet großen Beifall. Was wollen sie mal werden, wenn sie groß sind? Auffallend viele zukünftige Piloten sind anwesend, aber auch kleine Computeringenieure, Lehrerinnen und Freiheitskämpfer.

Es wird immer lustiger, auch die anwesenden Eltern lachen vergnügt. Nach einer Stunde ist die Vorstellung vorbei, Nachle verabschiedet sich und verschwindet hinter dem Vorhang. Heraus kommen wieder die beiden Männer vom Anfang. Wildes Geschrei: Einer von den beiden hat ja dasselbe Gesicht wie Nachle al-Schibr! 'Na, wer von beiden ist denn nun Nachle?', fragt dieser. 'Du, du', rufen alle zusammen. Kurzes Überlegen. Einer der Älteren weiß es: Sie sind es zusammen. Yakub Abu Arife (40) hat die Figur Nachle al-Schibr bereits vor 16 Jahren geschaffen. 'Nachle ist eine große Palme', erklärt er, 'Schibr ist die kleine Maßeinheit der Handspanne. So ist der Name quasi Programm. Nachle ist klein, hat aber große Träume, genau wie die Kinder.' Abu Arife gibt das Gesicht und mit seinen Armen die Beine der Figur. Sein Partner Muhammad Amus stellt die Hände. Auf diese Weise kann Nachle allerlei waghalsige Kapriolen vollführen. Abu Arife war schon als 20-Jährigem klar, daß er sein Leben der Kunst widmen wird. Zuerst konzentrierte er sich auf die Musik. Mit seiner palästinensischen Gruppe spielte er auf vielen Konzerten und kam bis nach Italien, Schweden und Norwegen. Verdient hat er damit jedoch kaum etwas, und er hielt sich mit Nebenjobs über Wasser. »Die Musik ,war auch nicht das Richtige für mich«, ,sagt er. »Eigentlich wollte ich schon immer mit Kindern arbeiten, ich wußte nur nicht, wie.« Ihm fiel auf, daß es in Palästina keinen speziellen Charakter für Kinder gab »Sie kannten natürlich US-amerikanische Comicfiguren und so, aber ich wollte eine Figur haben, mit der sie sich identifizieren können.«

Nachle al-Schibr war geboren. Sein potentielles Publikum ist riesig. Immerhin ist die Hälfte der Palästinenser jünger als 18 Jahre. Der kleine Junge mit dem seltsamen Aussehen hat in der Zwischenzeit schon jeden palästinensischen Ort und jedes Flüchtlingslager besucht. Die spezifischen Probleme der Kinder hier waren von Anfang an das dominierende Anliegen Abu Arifes. »Die Kinder wachsen in einem Umfeld auf«, sagt er, »in dem Heldentum groß geschrieben wird. Schwäche und Angst sollen nicht gezeigt werden.« Der Wille zum Durchhalten unter der jahrzehntelangen israelischen Besatzung ist ein Hauptmerkmal des palästinensischen Alltags. Kinder jeden Alters konfrontieren die Soldaten in ihren Jeeps und Panzern mit Steinen. Sind Erwachsene anwesend, werden die Kleinsten nach Hause geschickt. Eine Aufforderung, der sie nicht selten nur unter Protest und Tränen nachkommen. Wer will in diesen Zeiten vor seinen Freunden schon als schwach gelten? Bei den etwas Älteren stoßen die Erwachsenen deshalb auf taube Ohren. Mit Nachle al-Schibr dürfen die Kinder ihre Ängste artikulieren. (...) Vor Krebskranken und Behinderten spielt er unentgeltlich. Auch die Kinder im Volkskunstzentrum bezahlen keinen Eintritt. 'Der Theaterbesuch soll schließlich nicht am Eintrittsgeld scheitern', so seine Haltung. (...) Abu Arife hat Anfang der 90er Jahre mit Nachles Hilfe eine palästinensische Lesekampagne in Schulen und Büchereien gestartet, die sechs Jahre lang landesweit von Freiwilligen weitergeführt wurde und sehr erfolgreich war. Ab und zu wird er von internationalen Menschenrechtsgruppen unterstützt. Und seit zwei Jahren verdient er sich ein Zubrot als Dozent an der Universität von Bethlehem. Dort unterrichtet er zukünftige Lehrer im pädagogischen Einsatz von Theater und Musik. Organisiert werden seine unterschiedlichen Vorstellungen für Kinder verschiedener Altersstufen aber immer noch von ihm alleine. (...) Seine Beliebtheit hat ihm schon eine 16-teilige Fernsehserie eingebracht, die im palästinensischen Erziehungsfernsehen, einer Nichtregierungsorganisation, ausgestrahlt wurde. Im Moment tritt er regelmäßig in einer Radiosendung auf, in der er ebenfalls Kinder animiert, über ihren Alltag unter der israelischen Besatzung, ihre Träume und Hoffnungen zu reden. 'Damit bin ich aber nicht sehr zufrieden, weil Nachle doch zum großen Teil von seinem wunderlichen Aussehen lebt.'"

Die Bundesrepublik und der Nahostkonflikt

Waffenexporte nach Israel / Wachsende Kritik an Sharon

„Die Bundesregierung hat deutsche Rüstungsexporte nach Israel gegen die Kritik von Menschenrechtlern verteidigt. Bei der Erteilung von Genehmigungen werde auch das 'legitime Sicherheitsinteresse des Staates Israel' sowie die 'besondere Verantwortung' der Bundesrepublik gegenüber. Israel berücksichtigt, sagte eine Sprecherin des Auswärtigen Amts ... Eine Sprecherin des Wirtschaftsministeriums, das für die Genehmigungen verantwortlich ist, sagte, daß auch bei Rüstungsexporten nach Israel das Prinzip der 'strengen Einzelfallprüfung' gelte. Das ARD-Magazin 'Monitor' hatte über scharfe Kritik von israelischen Menschenrechtsorganisationen und Vertretern der deutschen Kirchen an deutschen Rüstungsexporten nach Israel berichtet. Angesichts der jüngsten Ereignisse in Israel und der Zerstörungen in den Konfliktgebieten dürften keine weiteren Genehmigungen für die Ausfuhr deutscher Rüstungsgüter nach Israel erteilt werden, hatte der Vorsitzende der Rüstungsexportkommission der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung, Bernhard Moltmann, gefordert. Laut dem jüngsten Rüstungsexportbericht der Bundesregierung vom November 2001 lag Israel im Jahr 2000 auf Platz sieben der wichtigsten Exportstaaten für deutsche Rüstungslieferungen. Insgesamt genehmigte die Regierung Exporte für eine Gesamtsumme von rund 346 Millionen Mark (177 Millionen Euro), darunter vor allem Teile für Panzer und gepanzerte Fahrzeuge. Damit lag Israel an der Spitze der Nicht-NATO-Staaten.“ (*Neues Deutschland*, 16. Februar - nach *dpa*)

Schulterschuß mit Israels Friedensbewegung

„Unbequeme Fragen wird die Bundesregierung in den kommenden Wochen beantworten müssen: Welche Waffen liefert Deutschland nach Israel? Werden sie in den besetzten Gebieten gegen Palästinenser eingesetzt? Denn Bundestagsabgeordnete wollen einem Bericht des ARD-Magazins ‘Monitor’ nachgehen, in dem israelische Menschenrechtler und deutsche Kirchenvertreter einen Stopp deutscher Rüstungsexporte nach Israel verlangt hatten. Die Frage nach den Waffenlieferungen ist brisant. Denn mit Rücksicht auf ihre Erfahrungen in den Wahlkreisen sind die Parlamentarier entschlossen, wegen des harten militärischen Vorgehens der Regierung Scharon mit der lange geübten Praxis der Zurückhaltung zu brechen und Israels Politik harsch zu kritisieren. Der SPD-Außenpolitiker Christoph Moosbauer etwa beobachtet, daß sich ein Meinungsumschwung vollzieht: ‘Sie werden auf jeder Veranstaltung gefragt, wie viele Waffen Deutschland an Israel liefert’, sagt er. Wie Moosbauer forderte auch der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers, das alte Tabu der Zurückhaltung gegenüber Israel zu brechen. ‘Wenn Kritik, die vorhanden ist, von der Politik nicht artikuliert wird, entsteht die Gefahr, daß sie Gefühle und Einstellungen ausprägen, die von der Politikdiéewollt s(i)0.78(d)74d’, sagte Lamers der ‘Fra8(d)74kurter Allgeme(i)0.78(d)74en Sonntagsze(tu)7.8(n)-16(g)7. Abgeordneten nämli(e)238(v)31.i sevns(i)0.7(e)238(v)31.i als Freunde Israels, die aber die Politiker Regierung S(e)238(v)31.aron Christian Sterzing, der europapolitis(e)236(h)-15.6(e)23.6(S)16.6(p)8.2(r)-15.9(e)23.6((e)236(h)-15.6(e)23.6(r)-15.9(d)8.2(e)23.6 hoch wommen’“ (

Antipanzern und Kassam-II-Raketen



In der Zeitung *Junge Welt* (18. März) schrieb *Rainer Rupp* über die palästinensische Guerrillataktik:

„Die irrwitzige Gewaltspirale der israelisch-palästinensischen Vergeltung für die Vergeltung für die Vergeltung dreht sich zunehmend schneller und droht dabei, den Verantwortlichen auf beiden Seiten vollkommen aus der Kontrolle zu gleiten. Allein am Sonnabend starben fünf Palästinenser und zwei Israelis bei einem palästinensischen Selbstmordattentat, bei einem israelischen Mordanschlag auf einen palästinensischen Hamas-Aktivisten und bei einem tödlichen Feuergefecht zwischen beiden Seiten. Zugleich wurden mehrere palästinensische Familien aus ihren Häusern vertrieben, die anschließend von israelischen Bulldozern plattgewalzt wurden. Die islamische Organisation Hamas feuerte schließlich eine weitere ihrer neuen Kassam-II-Raketen ins israelische Kernland. Obwohl auch dieses Geschoß wie Tage zuvor die beiden ersten dieses Typs auf freiem Feld explodierte und keinen Schaden anrichtete, stellen neue Waffentypen in Händen der Palästinenser derzeit die Hauptsorge der israelischen Regierung dar. Am meisten dürfte die Israelis die Zerstörung eines ihrer schweren Kampfpanzer des Typs Merkawa-3 schockiert haben, der letzten Donnerstag von einer Mine auf palästinensischem Gebiet in die Luft gejagt worden war. Drei Besatzungsmitglieder konnten nur noch bis zur Unkenntlichkeit verbrannt geborgen werden, ein weiterer israelischer Panzersoldat kam schwer verletzt mit dem Leben davon. Es war der erste israelische Panzer, der in der langen Geschichte des Konfliktes von palästinensischen Kämpfern zerstört wurde. Bei dem Merkawa-3-Panzer handelt es sich um eine israelische Eigenentwicklung, die dem deutschen Leopard II oder anderen, ähnlichen NATO-Modellen durchaus gleichwertig ist. ‘Das ist den Palästinensern bisher noch nie gelungen’, erklärte der Sprecher der israelischen Armee, Jacob Dallal. Der israelische Kolumnist Rafi Mann schrieb in der Zeitung Maariv: ‘Es ist, als hätten die Terroristen mit ihren Kalaschnikows und selbstgebastelten Raketen es geschafft, einen F-16-Jagdbomber abzuschießen’. Da die israelischen Soldaten bisher scheinbar unverwundbar in Panzerwagen durch palästinensisches Gebiet fahren konnten, sind sie jetzt gezwungen, ihre Taktik total umzustellen. Das macht den Schock über die Zerstörung des Merkawa nur verständlich. Auf Grundlage eine Rekonstruktion der Ereignisse durch die israelische Armee fuhr die Panzerbesatzung offenbar in eine vorbereitete Falle. Zunächst hätten Palästinenser aus der Distanz einen israelischen Konvoi beschossen, der auf dem Weg zur rechtswidrig im Gazastreifen errichteten israelischen Siedlung Netzarim war. Wie üblich bei solchen Attacken, schickte die israelischen Armee einen Panzer vor, der auf eine ferngezündete Mine fuhr. Nach Angaben der israelischen Armee soll es sich bei der Panzermine um einen aus Düngemitteln selbst gebastelten, 100 Kilogramm schweren Sprengsatz gehandelt haben, der in einem Wasserfaß gepackt in den Boden eingegraben und ferngezündet worden war. Im Südlibanon hatte die Hisbollah in ihrem Kampf gegen die israelische Besatzungsmacht ähnliche Minen mit großem Erfolg eingesetzt. Auch die Kassam-Raketen sind selbstgebaute Waffen, die zuvor von Hisbollah eingesetzt wurden. Die etwa 13 Zentimeter Durchmesser starken und sechs Kilo Sprengstoff tragenden Raketen treffen zwar ungenau. Allein durch ihre Existenz stellen sie aber eine große potentielle Gefahr für die israelischen Siedlungen auf Palästinensergebiet und die grenznahen israelischen Städte dar. Wie bei der Panzermine ist das zum Bau dieser Waffen erforderliche technische Know-how einfach und bedarf keinerlei schwieriger Importe. Wenn das Wissen um die Herstellung dieser Waffen in palästinensischen Schlosserwerkstätten erst einmal weit verbreitet ist, kann es auch durch noch so große Anstrengungen der israelischen Besatzungsmacht nicht mehr unter Kontrolle gebracht werden. Die Scharon-Regierung, die selbst hochmoderne Jagdbomber und Panzer gegen Zivilisten einsetzt, bezeichnet deshalb die primitiven neuen Waffen der Palästinenser als eine militärische Eskalation, die man nicht hinzunehmen gewillt sei. Und so dreht sich die Gewaltspirale immer schneller immer weiter.“

Umfragen: Arafat wird populärer - Scharon wird unpopulärer

„Die überwältigende Mehrheit der Palästinenser ist trotz der andauernden Gewalt in der Region für einen Verhandlungsfrieden mit Israel. Dies geht aus einer am Montag veröffentlichten repräsentativen Umfrage der Universität von Bir-Zeit hervor. Danach sind 70 Prozent für Verhandlungen mit dem Nachbarn bis zum Abschluß eines Friedensabkommens. 77 Prozent der Befragten unterstützen die These, daß beide Völker ein Recht darauf haben, in Frieden und Sicherheit zu leben. 73 Prozent glauben, daß beide Völker nach der Gründung eines palästinensischen Staates in friedlicher Koexistenz zusammenarbeiten müssen. Laut der Untersuchung, bei der Anfang Februar knapp 1200 Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen befragt wurden, ist die Unterstützung für den palästinensischen Führer Arafat von 38 Prozent auf 52 Prozent gestiegen, seit ihn der israelische Ministerpräsident Scharon für ‘bedeutungslos’ erklärt hat. Ungeachtet dessen drängen 81 Prozent der Befragten auf demokratische Reformen der palästinensischen Autonomiebehörde. Nur 23 Prozent sagten, sie würden für die Fatah von Arafat stimmen, während 21 Prozent die Hamas-Fundamentalisten wählen wollten. Doch 46 Prozent lehnten alle vorhandenen Parteien ab. Insgesamt unterstützen derzeit etwa 34 Prozent die säkularen Parteien gegenüber 28 Prozent, die für islamistische Parteien stimmen würden. Die Umfrage zeigt auch, wie tief die israelische Besatzung seit dem Ausbruch der Intifada vor 17 Monaten in das Leben der Bevölkerung eingegriffen hat. 63 Prozent gaben an, ihre Wohnungen und Häuser seien von israelischen Soldaten durchsucht worden.“ (*Neue Zürcher Zeitung*, 19. Februar)

Ergänzend dazu eine Meldung (vom 19. Februar) des *Palestinian Information Center*, das Hamas nahesteht: „Ein Viertel der Befragten sagten, sie hätten in der Vergangenheit eine Organisation unterstützt, taten dies aber nicht mehr. Die meisten davon - 54 Prozent - waren Fatah-Anhänger, und 24 Prozent Hamas-Anhänger. Viele Palästinenser sagten, sie seien mit den PA-Institutionen unzufrieden und glaubten, die PA-Führung sei korrupt. Nichtsdestoweniger ist die Solidarität mit Arafat gestiegen, da 52,1 Prozent erklärten, er arbeite positiv, und weitere 29,7 Prozent er arbeite vernünftig. 14 Prozent antworteten, er arbeite negativ. Mehr als 90 Prozent der Befragten glauben daß die PA-Ministerien und ihr Rechtssystem effektiver werden müßten. Annähernd 90 Prozent sagten, die Entscheidungsfindungsprozesses der Behörde sollten demokratischer werden. 21 Prozent der Beteiligten sagten, wenn sie die Möglichkeit hätten, auszuwandern, würden sie es tun, während 77,9 Prozent sagten, sie würden das Land nicht verlassen.“

Resultate einer neuen Umfrage in Israel: 59 Prozent der Befragten sind für ein Interimabkommen (mit den Palästinensern), das einen Waffenstillstand einschließt; die Hälfte aller Befragten unterstützte eine internationale Intervention um eine Lösung des Konflikts zu erreichen. Nur 38 Prozent erklärten, Scharon gehe mit der Intifada richtig um und 43 Prozent sagten, die palästinensischen Gebiete sollten wieder besetzt werden, um den Terrorismus zu bekämpfen und palästinensische Waffen zu beschlagnahmen. 70,2 Prozent der palästinensischen Bevölkerung sind für Verhandlungen mit Israel bis eine endgültige Lösung erzielt wird, 26,6 Prozent sind dagegen. Zugleich meinen 73,4 Prozent, wenn ein palästinensischer Staat gegründet ist, sollten Palästinenser und Israelis ihre Arbeit zur Erreichung des Friedens fortsetzen; 76,7 Prozent glauben, daß beide Völker das Recht haben, in Frieden und Sicherheit zu leben. „Diese Anerkennung des Rechts beider Völker in Frieden zu leben kommt trotz der Tatsache, daß 74,5 Prozent der Befragten erklärten, sie würden Israelis nur als Besatzer kennen.“ (*The Jerusalem Post*, 1. März)

„Exakt ein Jahr nach seinem Amtsantritt ist nämlich - so das Ergebnis der neuesten, am Freitag in der Zeitung 'Maariv' veröffentlichten Meinungsumfrage - erstmals eine absolute Mehrheit von 53 Prozent der Bevölkerung mit Scharons Amtsführung nicht zufrieden, während vor einem Monat noch 45 Prozent unzufrieden waren. Zufrieden mit ihm äußerten sich damals 49 Prozent, jetzt nur noch 42 Prozent. Scharon befindet sich also im freien Fall, was auch die Antworten auf die Frage nach dem bevorzugten Ministerpräsidenten-Kandidaten der Rechten beweisen. Benjamin ('Bibi') Netanjahu führt jetzt deutlich mit 35 zu 25 Prozent vor Scharon. Während 'Bibi' sein Vormonatsergebnis halten konnte, fiel Scharon um neun Prozentpunkte zurück. Noch schlimmer sieht es für Scharon bei den Wählern der Rechten aus. Hier liegt Netanjahu mit 52 zu 25 Prozent vorne, gegenüber 48 zu 33 Prozent im Vormonat. Warum dieser Absturz in der Wählergunst? Die Umfrage gibt auch hier die Antwort: 73 Prozent aller Wähler und 64 Prozent der rechten Wähler sind der Ansicht, daß Scharon seine Wahlversprechen nicht eingehalten habe. Bekanntlich war er mit dem Slogan: 'Nur Scharon bringt Frieden und Sicherheit' angetreten und hatte mit 62,5 Prozent der Stimmen gegen nur 37,4 Prozent für Amtsinhaber Barak überdeutlich gesiegt. Nun, ein Jahr später, nach unzähligen Toten und Verletzten auch auf israelischer Seite und fehlender Aussicht auf eine eigene politische Initiative für eine Konfliktlösung, sind 42 Prozent aller Israelis der Meinung, ihre Regierung sollte den saudiarabischen Friedens-Vorschlag annehmen.“ (*Der Tagesspiegel*, 2. März)

Die Wirtschaft ächzt unter der Intifada

Über die Situation der israelischen Wirtschaft berichtete die *Frankfurter Rundschau* (26. März):

„Schlagzeilen aus der Wirtschaft geraten in jüngster Zeit häufiger auf die Titelseiten israelischer Zeitungen, die sonst meist dem Konflikt mit den Palästinensern gewidmet sind. Mit der Eskalation der Gewalt ist auch eine Verschärfung der ökonomischen Probleme verbunden. Die Arbeitslosenquote hat im letzten Quartal des vergangenen Jahres wieder die Zehn-Prozent-Marke übersprungen. Als von einem Friedensprozess noch die Rede sein konnte, war sie auf sechs bis sieben Prozent gesunken, obwohl nach 1991 rund eine Million russischer Einwanderer integriert werden mußten. Doch nun mehren sich die Hiobsbotschaften. Nicht nur in der Textilindustrie sind Massenentlassungen angekündigt. Auch die High-Tech-Branchen darben. Daran ist nicht allein der weltweite Abschwung in der Telekommunikation und Informationstechnik schuld. Wegen der instabilen politischen Lage halten sich Investoren bedeckt. Der Strom ausländischen Kapitals, der nach Abschluß der Osloer Verträge auf rund zehn Milliarden Dollar angeschwollen war, ist versiegt. Und Touristen, die einige wichtige Einnahmequelle für viele Israelis sind, trauen sich kaum noch ins 'Heilige Land'. Da nimmt es nicht wunder, daß der Staatshaushalt aus den Fugen gerät. Weil die Steuerquellen nicht wie geplant sprudeln, fiel das Etatdefizit des Vorjahres doppelt so hoch aus wie geplant. Und die Hoffnung, daß die Senkung der Leitzinsen die Konjunktur ankurbelt, erwies sich ebenso trügerisch wie die, daß der Kursverfall des Schekel - seit Dezember büßte er rund ein Zehntel gegenüber dem Dollar ein - dem Export auf die Beine hilft. (...) Derweil beklagt eine satte Mehrheit von fast drei Viertel aller Israelis eine soziale Schieflage. Auch wenn die Verhältnisse nicht mit denen wie zum Beispiel in Argentinien vergleichbar sind, worauf Roby Nathanson ausdrücklich hinweist, so konstatiert der Direktor des Instituts für Ökonomie und Sozialforschung: Die Intifada - der Oberbegriff des palästinensischen Aufstandes gegen die Besatzung - 'hat die Wirtschaft mehr tangiert als erwartet'. Rekordumsätze meldet allein die Rüstungsindustrie. Gerne spricht es Nathanson, ein Verfechter des Friedensprozesses, nicht

aus. Aber: 'Viele der Waffenproduzenten, die sich vor der Intifada in einer Krise befanden, sind wieder im wirtschaftlichen Aufwind und bieten eine Menge Jobs an.' Nicht nur daheim ist der Absatz gestiegen, auch ausländische Kunden bestellten fleißig, was mit auf den 11. September zurückgeführt wird. Die Ausfuhr an Munition, Merkava-Panzern und hochmodernem Gerät zur Ausrüstung von Kampfflugzeugen betrug im Vorjahr 2,6 Milliarden Dollar. Das ist immerhin ein Viertel aller weltweit verkauften Güter 'made in Israel'. (...) Selbst unter Berücksichtigung sämtlicher Sozialleistungen leben 600 000 und damit rund ein Zehntel aller Bürger unterhalb der Armutsgrenze. (...) Vor allem wächst Kritik an Israels kostspieligem Siedlungsunternehmen in den besetzten palästinensischen Gebieten. Unsummen sind seit Jahren in die jüdischen Kolonien in Gaza und Westbank geflossen, die mit großem Militäreinsatz geschützt werden müssen. Doch in Krisenzeiten wie jetzt stellt der israelische Steuerzahler eher in Frage, warum eigentlich Siedler erst Beihilfen für den Hauskauf erhalten und dann auch noch weniger Abgaben als er selbst zahlen müssen. Das vergangene Jahr habe klargemacht, hieß es jüngst in einem Leitartikel der Zeitung Haaretz, daß 'eine normale Ökonomie nicht aufrecht zu erhalten ist, wenn die staatlichen Ressourcen auf die Fortdauer von Besatzung und Siedlertum gelenkt werden'."

Oberstleutnant Yitzhak Gurevitch, Leiter der Wirtschaftsabteilung des „Regierungskordinators für die Gebiete“ (hinter diesem gewundenen Namen verbirgt sich die frühere israelische Militärverwaltung) erklärte laut *The Jerusalem Post* (15. Februar) die Palästinensische Autonomiebehörde habe seit Ausbruch der Intifada jährlich mehr als eine Milliarde Dollar ausgegeben und wachsende Schulden könnten zu ihren Kollaps führen. Die monatlichen Ausgaben der PNA beliefen sich auf 90 Millionen Dollar, die Einnahmen auf nur 77 Millionen Dollar (22 Millionen in Form von Steuern, 55 Millionen von ausländischen Gebern. Der Zusammenbruch der komme „wenn sich Israel weigert, (der PNA) gehörendes Geld zu überweisen, das zur Zeit eingefroren ist, wenn die Geberländer die finanzielle Unterstützung einstellen und wenn sich Banken weigern, der PA weiteren Kredit zu geben.“

Die palästinensische Landwirtschaft hat seit Beginn der Intifada vor 17 Monaten infolge der israelischen Aktionen Verluste in Höhe von mehr als 500 Millionen erlitten, vor allem durch militärische Blockaden, die den Transport von Gütern behindern und Bauern davon abhalten, zu ihren Feldern zu gelangen. Etwa 138 Millionen Dollar resultieren aus der

Jeder Zeit ist hier mit Schießereien zu rechnen, vor allem des Nachts, wenn militante Palästinenser sich in die Olivenhaine und Zitrusplantagen schleichen, um ihre selbst gefertigten Mörsergranaten in Richtung Siedleranlagen abzufeuern. Aber auch am Tag trauen sich palästinensische Farmer kaum noch, ihre Felder zu bestellen, weil Israels Soldaten 'manchmal auf alles schießen, was sich bewegt'. Vizekommandant Tantawi betont dennoch, für ihn gelte nur ein Befehl, und zwar der von Arafat, 'eine Eskalation zu verhindern'. Keiner der Polizisten in Beit Hanoun, äußert anderes, trotz der fünf Todesopfer aus den eigenen Reihen. Auch Khaled, ein palästinensischer Offizier, der nur seinen Vornamen nennen möchte, stellt heraus, daß seine Leute 'nicht einmal die Israelis angegriffen' hätten. Selbst bei deren Vorstoß vergangene Woche habe man sich kampfflos zurückgezogen, 'um ihnen keinen Anlass zu geben, hier ein Massaker anzurichten'.

Khaled jedenfalls setzt auf die Zeit, 'wenn die Regierung Scharon stürzt'. Jeder andere israelische Regierungschef 'wird sich überlegen, die Fehler Scharons nicht zu wiederholen'. Und falls es anders komme und Arafat keine andere Wahl bleibe, dann gelte auch für ihn, Khaled, nur eine Devise: 'Auf in den Krieg.' Zwischen diesen beiden Optionen schwanken viele Palästinenser in diesen Tagen. Die einen sehen den Anfang vom Ende Scharons herannahen. Die anderen predigen unbeirrt wie gehabt den bewaffneten Widerstand.

Zur ersten Kategorie gehört Salah Abdel Schafi, ein politischer Analyst aus Gaza-City. Neuen Mut schöpft er vor allem aus dem Aufbruch der israelischen Friedensbewegung. (...) Auch deshalb hält Schafi, eloquenter Vordenker und Advokat einer palästinensischen Zivilgesellschaft, den Versuchsballon der Saudis für 'wirklich vielversprechend. Er wird die Scharon-Regierung in die Enge treiben und die öffentliche Meinung in Israel wieder zu einem Schwenk ins linke Lager bewegen.' (...) Daß das allein ausreicht, um die israelische Besatzung zu beenden, glaubt einer wie Mohammed al Baba freilich nicht. Er, der Sprecher der 'Komitees für Volkswiderstand' in Gaza - eines Zusammenschlusses bewaffneter Rekruten aus unterschiedlichsten Fraktionen von nationaler Fatah-Bewegung bis zur islamistischen Hamas - propagiert die Macht der Gewehre. 'Sonst', meint er, 'werden die Israelis niemals Gaza und Westbank räumen. Daher müssen sie den Preis ihrer Besatzung bitter zu spüren bekommen.' Nur: Aus dem Konzept bringt ihn die Idee aus dem saudischen Ölscheitum schon. 'Im Prinzip' findet al Baba sie gut, der frühere Elektrohändler, der durch die Intifada gewissermaßen Karriere gemacht hat. Doch kommt sie ihm nicht zupaß, ausgerechnet in diesen Zeiten, in denen die Militanten bislang nicht gekannte militärische Erfolge wie die Zerstörung eines israelischen Merkava-Panzers vorzuweisen haben. Gerade weil in der Folge mehr als 50 Palästinenser ihr Leben verloren 'durch die israelische Aggression', wie al Baba es ausdrückt, hält er Friedenspläne derzeit für unangebracht. Zumal wenn sie aus der arabischen Welt kommen, die sich in den 17 Monaten der Intifada aus seiner Sicht als reine Enttäuschung erwiesen hat. Mit einer Überraschung wartet al Baba, der seit Beginn des Gewaltkonflikts quasi im Untergrund lebt und seine Familie allenfalls sporadisch sieht, am Ende dennoch auf. Daß das israelische Friedenslager wieder von sich hören läßt, ist selbst ihm 'wichtig'.

Was ist schiefgelaufen?

Hassan Khader, Chefredakteur der in Ramallah erscheinenden literarischen Zeitschrift *Al-Karmel*, hat in einem Beitrag für die *Neue Zürcher Zeitung* (vom 6. März) versucht, zu erklären, weshalb der Friedensprozeß vorerst gescheitert ist. In dem Artikel heißt es:

„An einem Abend Anfang 1995 wurde ich von israelischen Freunden in Tel Aviv in ein Restaurant zum Essen eingeladen. Unsere Gastgeberin war Lily Cohen, die Leiterin des israelischen Instituts für die Übersetzung hebräischsprachiger Literatur; sie wollte, daß unsere Anwesenheit auch von anderen wahrgenommen werde. Die Stimmung war freundschaftlich, und eine Frau begann für uns ein arabisches Lied zu singen, was die anderen Gäste mit einem Lächeln oder Kopfnicken begrüßten. Als Palästinenser in Tel Aviv zu sein, schien damals die natürlichste Sache der Welt. Es waren die Tage, in denen Optimismus herrschte und der Frieden möglich schien. Etwa zur selben Zeit berichteten die Zeitungen, daß palästinensische Bauern die Insassen eines israelischen Autos gerettet hatten, das an einem stürmischen Regentag auf einer rutschigen Straße des Westjordanlandes von einer Flutwelle mitgerissen worden war. Ich glaube nicht, daß das heutzutage als natürlichste Sache der Welt erschiene.

Was ist geschehen? Was hat gefehlt, daß für Israeli und Palästinenser alles schiefgelaufen ist? Solche Fragen sind nicht einfach zu beantworten, aber wenn man nicht ständig darüber nachdenkt, gibt es auch keine Möglichkeit, aus der gegenwärtigen Lage herauszukommen. Ich erhebe nicht den Anspruch, auf diese Fragen die richtigen Antworten zu haben, aber ich möchte über den unter einem schlechten Stern stehenden Friedensprozeß nachdenken, der uns in diese Lage geführt hat.

Die Schöpfer des Oslo-Prozesses haben versucht, einen Frieden in Raten zu schließen, und dabei das Konfliktpotenzial der israelischen Siedlungen übersehen. Die israelischen Teilrückzüge und die Verdoppelung der Zahl der Siedler in den besetzten Gebieten mit der damit einhergehenden Konfiskation von Land, dem Bau von Umfahungsstraßen und der Stationierung von Soldaten zum Schutz der Siedler haben zu einer Situation geführt, die Ama Aylon, der frühere

israelische Chef für innere Sicherheit, mit der Apartheid verglichen hat. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation und die Beeinträchtigung des täglichen Lebens der palästinensischen Bevölkerung muß nicht mehr groß erklärt werden. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die Palästinenser für jede vorstellbare Unternehmung, die Menschen in anderen Ländern als selbstverständlich anschauen, eine Bewilligung brauchen. Die israelischen Beamten, die solche Bewilligungen ausstellen, benehmen sich wie Kolonialherren, die jede Bewegung im Leben der Bevölkerung kontrollieren.

Straßensperren sind ein weiterer Teil unseres täglichen Lebens; sie kontrollieren den Zugang zu palästinensischen Städten und Dörfern. Reisen im Westjordanland und im Gazastreifen sind schon zu normalen Zeiten kein Vergnügen, in schlechten Zeiten wie heute sind sie ein Albtraum. Gebiete können von der israelischen Armee ohne Vorwarnung für Wochen, ja Monate abgeriegelt werden. Das geschah schon zu den Zeiten von Oslo und wurde zu einem Teil des Alltags schon vor dem Ausbruch der gegenwärtigen Intifada. In einer solchen Situation ist es unmöglich, irgend etwas zum Voraus zu planen. Kleine Vorhaben wie ein Besuch bei der eigenen Mutter oder die Teilnahme an einem Hochzeitsfest hängen davon ab, ob man die Bewilligung erhält, durch die Straßensperre in den Bestimmungsort hinein- und rechtzeitig wieder herauskommt. Wenn die Mutter weit weg wohnt oder die Hochzeitsgesellschaft in einem entfernten Ort stattfindet, ist man vor allem auf sein Glück angewiesen.

Unter diesen Umständen ist die palästinensische Intifada verständlich und in meinen Augen auch berechtigt, als ein Akt des Widerstands gegen die Besetzung. Dieser Akt spiegelt die Verzweiflung eines Volkes, das sich betrogen vorkommt von einem Prozeß, der keinen Frieden brachte, sondern das Leben nur schwieriger machte. Der maßlose Einsatz von Gewalt durch die Israeli hat das in den 34 Jahren der Besetzung aufgebaute Gefühl, Opfer einer Ungerechtigkeit zu sein, zur Explosion gebracht. Wir können die gegenwärtige Intifada nur verstehen, wenn wir die traumatischen Erfahrungen eines Volkes, das so lange gelitten hat, in Rechnung stellen. Das bedeutet aber keineswegs eine Rechtfertigung für Angriffe, die gegen israelische Zivilisten geführt werden.

Dies führt uns zu dem, was israelische Medien als Terrorismus bezeichnen, ein Begriff, der in einigen Weltgegenden ohne weitere Überprüfung übernommen wird. Dieser Begriff verwischt mindestens die Realität der Besetzung, wenn er nicht geradezu das Recht auf Widerstand, das auch vom Völkerrecht anerkannt wird, verneint. Selbstmordattentate gegen israelische Zivilisten sind unannehmbar und müssen von einem moralischen Standpunkt aus verurteilt werden. Das ist jedoch nicht alles, denn solche Anschläge machen die israelische Bevölkerung zu unserem Feind und treiben sie in die Arme der extremistischen Elemente in der israelischen Politik und der Armee.

Ich glaube, daß eine Verhandlungslösung der einzig gangbare Weg zur Beendigung des Konflikts ist. Um dies zu erreichen, müssen wir das Verständnis und die Unterstützung aller friedliebenden Menschen in der israelischen Gesellschaft gewinnen und die gewöhnlichen Bürger von der Möglichkeit der Koexistenz überzeugen. Die Selbstmordattentate haben unglücklicherweise den israelisch-palästinensischen Beziehungen einen großen Schaden zugefügt, und es braucht eine große Anstrengung, diesen Schaden wieder gutzumachen. Jetzt ist ein direkter und offener Dialog zwischen Israeli und Palästinensern nötig, um zu zeigen, daß Frieden trotz allem möglich ist. Vor ein paar Wochen haben wir 300 Israeli bei uns empfangen, denen es gelungen war, den Belagerungsring zu durchbrechen und nach Ramallah zu kommen, um zu zeigen, daß es für den Frieden einen Partner gibt. Es braucht jedoch viel mehr Anstrengungen, um die Kultur des billigen Populismus zu überwinden, die in Krisen- und Kriegszeiten aufblüht. Wenn wir an die Jahre nach Oslo als an einen Fortbildungskurs zur Schaffung einer modernen und demokratischen Nation denken, entdecken wir viele Vorbehalte gegenüber unserem eigenen Populismus und unserem neuerlichen Versuch, das Muster der heute im Mittleren Osten bestehenden Regime auch bei uns zu verwirklichen. Eines der Hindernisse für eine Modernisierung der arabischen Welt war und ist, daß die traditionelle politische Kultur gestärkt und in einen neonationalistischen Diskurs integriert wird. Verschiedene Teile des palästinensischen Regimes haben diese Idee sehr wirkungsvoll angewandt, um die Entstehung einer modernen pluralistischen Kultur zu verhindern, die auf gesetzlich garantierten Rechten und nicht auf familiären oder regionalen Banden fußt.

Ein weiteres Problem, dem die arabischen Regime gegenüberstehen, ist ihre zweideutige Haltung gegenüber der Zivilgesellschaft. Das Regime handelt als Vertreter der Zivilgesellschaft und verunmöglicht deren Unabhängigkeit, indem es ihr Veränderungspotenzial kontrolliert oder zerstört. Verschiedene Vertreter des im Entstehen begriffenen palästinensischen Regimes haben in diese Richtung zu arbeiten begonnen. Der Fundamentalismus ist ein allgemeines Phänomen in der arabischen Welt. In ihrem Bemühen, einen billigen, volkstümlichen Diskurs anzuwenden, geraten die arabischen Regime in eine Konkurrenzsituation mit den Fundamentalisten, deren Sprache authentischer und den kulturellen Wurzeln der Bevölkerung näher ist. In dieser Situation versuchen die Regime, mit Geschenken und Konzessionen die Unterstützung der Fundamentalisten zu erkaufen; diese haben jedoch ein anderes Programm, so daß diese Regime zum ersten Opfer der gesuchten Verbündeten werden. Man kann nicht sagen, daß das palästinensische Regime diese Politik verfolgt hat, aber gewisse Versuche in diese Richtung wurden unternommen.

Wir sind eine Nation, die im Entstehen begriffen ist. In der Intifada haben die oben erwähnten Erfahrungen eine große Wirkung auf das individuelle und kollektive Verhalten gezeigt, das auch in politische Aktion umgesetzt wurde. Der Umstand, daß wir eine noch im Aufbau begriffene Nation sind, hat Vor- wie Nachteile. Ein Vorteil ist es, daß wir versuchen

können, Fehler zu vermeiden, die schon von anderen gemacht wurden. Doch unser Nachteil ist es, daß wir von vorne beginnen müssen, ohne eine wirkliche und tief verankerte Erfahrung, wie moderne demokratische Institutionen geschaffen und am Leben erhalten werden. Unser Kampf für Unabhängigkeit ist auch eine Zeit der Suche nach Selbsterkenntnis. Die Überzeugungen und Methoden, die wir heute zur Anwendung bringen, haben einen nachhaltigen Einfluß auf das Modell, das wir morgen hervorbringen werden. Wir müssen dauernd unsere Taktik gegenüber der Besetzung überprüfen und dabei niemals vergessen, daß es letztlich um die Koexistenz zwischen Israeli und Palästinensern geht; wir müssen unsere politischen und gesellschaftlichen Strukturen erneuern und dabei in unserem Denken die universellen Werte betonen: Dies sind die wichtigsten Voraussetzungen, die einen Prozeß der Hoffnung möglich machen.“

Zu guter Letzt: **Gedankenspiel in Israel: „Eine irakische Lösung“**

In einem Artikel in der *Jerusalem Post* (4. März) stellte *Yosef Goell* bemerkenswerte Überlegungen zur Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts an. In Oslo habe seinerzeit der Gedanke „Palästina zuerst“ Pate gestanden, und dies hätte sich als Irrtum erwiesen. Am 3. März nun hatte Prof. Walter Reich von der George Washington University in einem Artikel in der *Jerusalem Post* angeregt, Israel solle jene palästinensischen Gebiete, die es nicht selbst behalten wolle, an Jordanien zurückgeben, also gewissermaßen und eingeschränkt die Situation vor 1967 wiederherstellen. Nein, meinte Goell nun: „Die Lösung liegt in Richtung Irak.“ Die Bush-Regierung wolle ohnehin Saddam Hussein loswerden, und damit eröffneten sich ganz andere Perspektiven: „Die Antwort liegt darin, Irak zu zerstückeln, einen unabhängigen Kurdenstaat in seinem nördlichen Drittel zu schaffen, der mit den Ölreserven des Gebiets lebensfähig wäre, und die südlichen zwei Drittel an Jordanien zu übergeben als Bezahlung für seine Bereitschaft, die palästinensischen Gebiete zu übernehmen. Dies würde eine Erfüllung des Traums der Haschemiten nach dem 1. Weltkrieg bedeuten, die von den Saudis aus dem Hedschas vertrieben wurden, und die ein Großkönigreich vom Jordanfluß im Westen bis nach Iran im Osten regieren wollten. Auch hier könnten die hauptsächlichen irakischen Ölreserven ein Haschemitisches Königreich mit einer Bevölkerung von annähernd 20 Millionen einschließlich der gut ausgebildeten und technisch fortgeschrittenen palästinensischen und irakischen sunnitischen Bevölkerung in ein wichtiges Gebilde im Nahen Osten verwandeln. Solch ein nach Westen orientiertes Jordanien-Irak könnte die meisten palästinensischen Flüchtlinge aus den Lagern in Gaza, im Libanon und in Syrien aufnehmen und so auch seinen despotischen syrischen Nachbarn in den Schatten stellen.“

V.i.S.P.: Klaus Polkehn / Redaktionsschluß 7. März 2002

Der Bezug der Palästina Nachrichten ist für Mitglieder kostenlos. Interessenten können die gedruckte Version erhalten über Klaus Polkehn, Oststr. 17, 12487 Berlin. Die kostenlose E-Mail-Version kann bestellt werden bei: klauspolkehn@t-online.de. Ältere Ausgaben sind im Internet abrufbar unter www.freunde-palaestinas.de

Es ist unseren Freunden selbstverständlich gestattet, diese Mitteilungen zu vervielfältigen und (nichtkommerziell versteht sich!) weiterzuverbreiten. Beiträge sind uns jederzeit willkommen.

Die Vereinigung der Freunde Palästinas in Berlin-Brandenburg e.V. ist als gemeinnützig anerkannt. Spenden werden vom Finanzamt als absetzbar akzeptiert.